Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 88. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 13. April 1933. | 15. Jahrgang.

Man muß Gott fürchten, um die Menschen nicht zu fürchten. Börne.

Umschau.

— Das deutsche Deutschland. —
Noch immer Greuelmärchen. — Frankreichs Kampf gegen den Mussoliniplan. — Vorbereitung der Weltkonferenz. — Der deutsche Sozialismus marschiert. —

Ein tausendjähriger Traum des deutschen Volkes ist über Nacht zur Wirklichkeit geworden. Das Deutsche Reich, dessen Grundquadern der Genius Bismarcks schuf, ist nun auch innerlich zur Einheit geworden. Mit einer Schnelligkeit und Zielsicherheit, die in der deutschen Geschichte kein Beispiel hat, ist ein Werk zur Tat geworden, das noch vor wenigen Wochen in einem Berg von überklugen Denkschriften und Reformvorschlägen zu ersticken drohte. Mit echt soldatischer Bravour ist die nationale Revolution innerhalb weniger Tage mit einem Problem fertiggeworden, an dem sich die politische Intelligenz und überkultivierte geistige Impotenz von gestern vergeblich die Köpfe heiß gestritten haben. Die letzten Reste kleinstaatlicher Zerrissenheit sind weggeräumt. Die Mainschranke, mit der ein Ministerpräsident a. D. noch im Januar zu drohen sich erdreisten konnte, ist gefallen. Deutschland hat aufgehört, ein Konglomerat längst überfälliger Kleinstaaterei zu sein. Deutschland ist deutsch geworden. Dies ist das große innenpolitische Ergebnis der Einordnung der NSDAP in den Staat. Und wie haben noch vor ganz kurzer Zeit die Parteien und Parteichen aller Schattierungen vor dieser Einordnung der NSDAP in den Staat gewarnt! Nichts von all den Schauerbildern, die man den Wählern an die Wand malte, um sie bei der Parteistange zu halten, ist übrig geblieben. Aus dem parlamentarischen Schutt der Vergangenheit hat des deutschen Volkes Wille sich sein Reich neu aufgebaut. Bewunderungswürdig ist die Schnelligkeit, mit der die nationale Regierung diesem Reichswillen des deutschen Volkes auch den gesetzmäßigen Ausdruck zu verleihen wußte. Das „Vorläufige Gleichschaltungsgesetz“ und das neue „Gleichschaltungs- oder Statthaltergesetz“ sind eine geschichtliche Tat, deren Bedeutung in ihrer ganzen Größe zu erfassen vielleicht erst späteren Geschlechtern vergönnt sein wird. Selbst ein französisches Blatt muß anerkennen, „daß die Regierung Hitler im Handumdrehen die Frage des deutschen Einheitsstaates gelöst habe, um die seit 1918 so viel Tinte geflossen sei. Am 7. April ist die deutsche Einheit vollkommen verwirklicht worden.“ Und ein anderes Blatt schreibt: „Hitler hat einen Strich unter zehn Jahrhunderte der deutschen Geschichte gemacht. Nach dem 7. April spielt der Partikularismus in Deutschland keine Rolle mehr. Hitler hat das Werk Bismarcks vollendet.“

Die revolutionäre Umgestaltung unserer Staatsordnung aber ist in einer Weise erfolgt, die in ihrer Würde und Disziplniertheit in der Weltgeschichte ihresgleichen sucht. Unseren inländischen Lesern gegenüber ist diese Feststellung überflüssig. Aber aus dem Ausland werden uns von „Aufwärts“lesern immer noch Zeitungsausschnitte zugeschickt mit Greuelberichten, deren geradezu dämonische Verlogenheit uns mit grenzenlosem Abscheu erfüllt. Wenn derartige sogenannte „Augenzeugenberichte“ von Söldlingen der sattsam bekannten „Liga für Menschenrechte“ und ähnlicher, dem französischen Imperialismus höriger Verbände für klingenden Judaslohn zusammenfabriziert werden, dann nimmt das weiter nicht wunder. Wenn aber sogar das von einem Pfarrer redigierte und in Basel verlegte „Appenzeller Sonntagsblatt“ seinen Lesern die Lüge vorsetzt, daß in Deutschland 80—100 000 verhaftete Kommunisten (wo die wohl alle untergebracht sein mögen?) hingerichtet werden sollten, dann weiß man bald wirklich nicht mehr, was man zu solch einer teuflischen Berichterstattung sagen soll. Das uns zugeschickte Sonntagsblatt trägt das Datum vom 1. April. Dies ist die einzige Entschuldigung.

In außenpolitischer Beziehung bedeutet die innere Konzentration des deutschen Volkes natürlich einen außerordentlich wertvollen Aktivposten. Und wenn in Italien das Wort geprägt wurde, daß mit der gewaltigen Umwälzung in Deutschland „ein neues Klima in Europa Einkehr gehalten habe“, dann dürfte das wohl den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Deutschland weiß nun auch in außenpolitischer Beziehung durchaus, was es will. Zwar hat der französische Ministerpräsident Daladier den Mussoliniplan faktisch bereits abgelehnt, indem er vor der französischen Kammer jeder praktischen Gleichberechtigung und jeder Revision der Diktate den Krieg erklärte, zwar droht Benesch mit dem Austritt der Kleinen Entente aus dem Völkerbund, wenn der Mussoliniplan greifbare Gestalt annehmen sollte, zwar steht zu befürchten, daß der Vorstoß Titulescus über Paris nach London nicht erfolglos geblieben ist — aber das kann alles an der Tatsache nichts ändern, daß der deutsche Freiheitswille sich heute in keiner Weise mehr einschüchtern und beugen läßt.

Aufrechterhaltung des Versailler Zwangssystems, Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rüstungsstandes, Unantastbarkeit der französischen Kolonialarmee, keine Erfassung der gewaltigen französischen Reservetruppen, kein Viererpakt ohne völlige Unterordnung unter den französischen Völkerbund — das ist Frankreichs Antwort auf Mussolinis ehrliche Friedensaktion. Eine Antwort, die uns natürlich in keiner Weise überrascht. Denn wer die französische Politik in ihrer ganzen brutalen Machtgier erkannt hat, der weiß, daß von Frankreich in dieser Beziehung nichts zu erhoffen ist. Demgegenüber haben wir mit Freude davon Kenntnis genommen, daß der Große Faschistische Rat — das höchste verfassungsmäßige Organ Italiens — unter dem Vorsitz Mussolinis sich gegen jede Sabotage oder Verwässerung des Mussoliniplans ausgesprochen hat. Gleichzeitig schreibt das halbamtliche „Giornale d'Italia“, es wäre interessant zu wissen, warum dieselben Blätter, die als „Hüter des Völkerbundes“ gegen den Viererpakt eingestellt seien, sich nicht über die Blockbildung und die geheimen Militärklauseln der Staaten der Kleinen Entente ebenso klar äußerten. Im übrigen sei der Versuch, Mißtrauen zwischen Deutschland und Italien zu säen, ein vergebliches Bemühen“. — Hoffentlich hält Italien auch weiterhin an diesem seinem klaren Standpunkt unerschüttert fest. Die Reise v. Papens und Görings nach Rom dürfte in dieser Beziehung von besonderer Bedeutung sein.

Inzwischen ist ja nun der amerikanische Unterhändler Norman Davis in Berlin gewesen, um Deutschland zur Teilnahme an der weltwirtschaftlichen Vorkonferenz in Washington einzuladen. Was er mit dem Reichspräsidenten, mit Hitler und v. Neurath gesprochen hat, wissen wir nicht. Eins aber wissen wir, daß die Ankurbelung der sogenannten „Weltwirtschaft“ solange erfolglos bleiben wird, als die großen weltpolitischen Probleme der Abrüstung, der Diktatrevision und der Kriegsschulden nicht bereinigt sind. Solange Frankreich jedem ehrlichen Friedensansatz gegenüber mit dem Säbel rasselt, kommt Europa, kommt die Welt nicht zur Ruhe. Roosevelts Plan, unter amerikanischer Initiative, die europäischen Völker wieder einander anzunähern, ist aller Anerkennung wert. Aber solange das Angelsachsentum sich nicht ganz klar und eindeutig in die deutsch-italienische Friedensfront einreiht, werden Roosevelts Bestrebungen — gerade auch in ihrem wirtschaftspolitischen Teil — leider eine Fata morgana bleiben.

Dies aber bedeutet, daß der deutsche Freiheitswille noch schwere und schwerste außenpolitische Kämpfe durchzufechten haben wird. Da die Zeit für Deutschland arbeitet, brauchen wir diese Kämpfe nicht zu fürchten, wenn wir nur einig sind. Die Einigkeit des deutschen Volkes aber kann durch nichts restloser verwirklicht werden, als durch den deutschen Sozialismus. Die Mauern und Gitter, die das liberalistisch-kapitalistische System zwischen den einzelnen Schichten und Ständen des deutschen Volkes aufgerichtet hat, können auf die Dauer nur niedergerissen werden durch eine soziale Ordnung, wie wir sie an dieser Stelle schon seit über einem Jahrzehnt gefordert haben. Das eben ist ja die große historische Aufgabe des neuen Deutschen Reiches, daß es den deutschen Sozialismus zum blutvollen Inhalt des autoritären Staatsgedankens erhebt. Mit großer Freude hat es uns daher erfüllt, daß gerade Reichsminister Göring es war, der am letzten Sonntag vor der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation auf dieses Kernproblem der deutschen Neuordnung hingewiesen hat. Seine diesbezüglichen Worte sind uns so unmittelbar aus dem Herzen gesprochen, daß wir es uns nicht versagen können, sie hier wörtlich anzufügen:

> „Wenn wir heute eine nationalsozialistische Revolution haben, so betonen wir auch hier wieder, daß es sich um eine nationalsozialistische Revolution handelt und daß es nicht angeht, nur immer wieder von der nationalen Revolution zu sprechen. Denn nicht nur der deutsche Nationalismus hat sich zum Durchbruch verholfen, sondern wir sind besonders glücklich, daß auch der deutsche Sozialismus gesiegt hat. Es gibt leider heute immer noch unter uns Menschen, die so sehr stark das Wort „national“ betonen und nichts wissen wollen von dem zweiten Teil unserer Weltanschauung, und die darum auch nicht den ersten erfaßt haben und die sich nicht national nennen dürfen, solange sie nicht die Fragen eines deutschen Sozialismus erkennen wollen. Denn nur wer den deutschen Sozialismus betont, ist wahrhaft national. Wer es ablehnt, von Sozialismus zu sprechen, wer im Sozialismus nur marxistische Zersetzungsarbeit zu sehen glaubt, der hat auch nicht den tiefsten Sinn des Nationalsozialismus erfaßt, der hat nicht verstanden, daß man überhaupt dann nur national ist, wenn man klipp und klar auch die sozialen Probleme erkennt und durchführt, und daß man sozialistisch sein kann, wenn man auf der anderen Seite klar erkennt, daß auch der Nationalismus unter allen Umständen siegen muß, daß der Raum geschaffen wird nach außen, der im Innern dem Volke das Leben gewährt. So, wie Nationalismus Dienst an der äußeren Peripherie ist, so ist Sozialismus Dienst im Innern des Volkes.
>
> Man sage mir nicht, man könne große Probleme der Nation lösen, man komme mir nicht und erkläre, man könne ohne die soziale Frage nun in das Nationale hineinwachsen, das Reich groß und herrlich gestalten. Nein, Volksgenossen, Sie können niemals ein Reich groß und herrlich gestalten, wenn Sie im Innern einen Teil des Volkes vernichten wollen. Nur mit der Kraft des ganzen Volkes, wenn auch der letzte kleine Tagelöhner die Fragen des Reiches und der Nation als seine eigenen empfindet. Der Nationalismus, die Kraft der Nation nach außen, erfordert die Kraft der Nation und des ganzen Volkes im Innern. Und damit sehen wir das als den deutschen Sozialismus an.“

Wenn gerade Minister Göring solche Worte ausspricht, dann weiß man, daß ein Tatenmensch hinter ihnen steht, der seinesgleichen sucht. Göring und sein Wort sind eins. Das haben die letzten Wochen nicht nur den Verwaltungsbeamten, sondern auch den Außenstehenden gezeigt. Und darum erscheint uns Görings Bekenntnis zum deutschen Sozialismus ganz besonders bedeutsam. Das ist Grund genug zu der Hoffnung, daß Deutschlands Ostern zu einem Ostern des ganzen deutschen Volkes wird. H.

Deutschland — Spanien — Portugal

Aehnlichkeiten und Gegensätze

von E. von Ungern-Sternberg.

Gleichzeitig mit dem nationalen Umschwung in Deutschland hat sich auch in Portugal ein Staatsakt vollzogen, der endgültig einer demokratisch-marxistischen Einflußnahme der Parteien auf den Lauf der Ereignisse und somit dem Parlamentarismus ein Ende bereitet. Während in Potsdam die alten Fahnen unter dem Jubel der Bevölkerung gehißt wurden, prangte auch Lissabon im Flaggenschmuck, Flugzeuge kreisten über der Stadt und dem Tajo und warfen Proklamationen herab, in denen das Volk aufgefordert wurde, für die von der Regierung des Professors Dr. Oliveira Salazar ausgearbeitete Verfassung zu stimmen, die nach dem Rücktritt des Präsidenten-Diktators General Carmona in Kraft gesetzt werden soll. Da auch die nicht abgegebenen Stimmen der Wahlberechtigten als „Ja-Stimmen“ gezählt wurden, so hat der Volksentscheid eine erdrückende Mehrheit zu Gunsten der neuen Verfassung ergeben.

Wie sieht nun die neue portugiesische Verfassung aus, die mit dem Parlamentarismus aufräumt? Sie unterscheidet sich merklich von den in Europa und in Amerika geltenden Konstitutionen, sie schaltet das Parteiwesen als solches aus, sie schiebt der Klassenkampfparole der Sozialdemokraten einen Riegel vor und schränkt auch die Rechte einer Volksvertretung ein. Sie bedeutet in mancher Beziehung einen Rückgriff auf das Mittelalter, indem früher mächtige Institutionen erneut zum Leben berufen werden. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß der Autor des Verfassungsentwurfes, Oliveira Salazar, lange Jahre Professor an der Universität von Coimbra war, die einst neben Salamanca den Ruhm genoß, eines der ersten Weltzentren der Wissenschaft zu sein. Mittelalterliche Traditionen sind bis in unsere Tage in Coimbra in den studentischen Organisationen erhalten, und der Professor selbst gilt als bester Kenner des Mittelalters, auch des deutschen.

Er verleiht in seiner Verfassung den Innungen — sie werden „consorcio“ genannt — besondere Rechte. Handwerk, Industrie, Landwirtschaft hat sich in Gruppen zusammenzuschließen und wählt ein Direktorium, das zwar unter Staatsaufsicht steht, aber im übrigen frei die Interessen der betreffenden Gruppen oder Innungen vertritt. Jedes Direktorium entsendet nun je nach seiner Bedeutung Vertreter in die Kammer. Die eine Hälfte des Parlamentes wird von diesen Interessengruppen beschickt, die andere Hälfte wird teils unmittelbar, teils mittelbar von

411 Städt. Bibliothek S 839

den Familienvätern oder Familienernährern gewählt. Denn, da Dr. Oliveira Salazar die Familie als die Grundlage des Staatsaufbaues betrachtet, so soll auch den Familienerhaltern, denen er ein größeres Verantwortungsgefühl zutraut, in politischer Beziehung ein Vorrecht eingeräumt werden. Auch Frauen, sofern sie eine Familie erhalten, oder einem Unternehmen vorstehen, dürfen wählen. Die Minister sind nicht der Kammer, sondern allein dem Staatspräsidenten verantwortlich, der sie nach seinem Ermessen unter den fähigsten Männern des Landes aussucht und ernennt. Die Minister ihrerseits besetzen die hohen Beamtenposten nicht etwa aus den Reihen des Parlamentes, sondern sie treffen ihre Wahl unter bewährten Fachleuten.

Das Ergebnis des Volksentscheides hat den Beweis geliefert, daß Portugal aufgehört hat, das klassische Land der Putsche und Revolutionen zu sein. Präsident General Carmona hat es für möglich erachtet, anläßlich des Volksentscheides eine ausgedehnte politische Amnestie zu erlassen. Ein Kriegsschiff hat den Hafen von Lissabon verlassen, um die Verbannten aus Timor, aus Afrika und den Azoren einzusammeln und in die Heimat zurückzubringen. Ihre Rückkehr bedeutet heute kaum mehr eine Gefahr für die Ruhe im Staate, da während der Diktatur die demokratische Opposition Alfonso da Costas zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschmolzen und auch die Armee entpolitisiert worden ist. Möglich wäre es, daß sich die Lage nach dem Rücktritt General Carmonas ändert, denn das Prestige des Diktators ist so überragend, daß er sich kaum durch eine andere Persönlichkeit ersetzen läßt. Seit 1926 hält er die Macht in seinen Händen. Er hat es verstanden, allem Radikalismus die Spitze abzubrechen und sich mit vortrefflichen Mitarbeitern zu umgeben, denen es gelang, mit der Korruption aufzuräumen, die Wirtschaft und die Finanzen zu ordnen und die Disziplin wiederherzustellen.

Die Vorgänge in Portugal haben sich genau entgegengesetzt zu denen im Nachbarlande Spanien entwickelt, wie denn überhaupt trotz der gemeinsamen Grenze und der rassischen Verwandtschaft weltanschaulich und kulturell zwischen beiden Völkern einschneidende Unterschiede bestehen. Spanien gefällt sich in politischem Radikalismus und ermöglicht es den Sozialdemokraten, Syndikalisten, Anarchisten usw., eine verheerende Rolle zu spielen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendwo Bomben platzen, Streikunruhen ausbrechen und geschossen wird. Erstaunlich bleibt das Zielbewußtsein des Regierungschefs Azana. Mit diktatorialen Vollmachten ausgestattet, verfolgt er den von ihm vorgezeichneten Weg der Radikalisierung seines Vaterlandes. Spanien, dieses halb Afrika halb Europa zugekehrte Reich, über dem bisher der Schimmer einer mittelalterlichen Romantik lag, soll ohne Uebergang in einen „neuen Zeitgeist" hineingepreßt werden und ein Gewand anlegen, das ihm nicht paßt und in dem es sich nicht wohl fühlt.

Der Ministerpräsident suchte die Massen für sich zu gewinnen, indem er Versprechungen machte, die nicht erfüllt werden konnten, die aber wilde Instinkte weckten. Die von Azana angebahnte Enteignung des Großgrundbesitzes hat bisher nur zur Plünderung der Güter und zur Vernichtung des Viehbestandes geführt. Der Autoritätsbegriff ist in sein Gegenteil verkehrt. Viele Bergwerke stehen still, weil die Arbeiter entweder streiken oder Sabotageakte begehen, und so ist es nicht verwunderlich, daß anstatt der versprochenen Herrlichkeiten in mehreren Bezirken der Hungertyphus ausgebrochen ist und die Tuberkulose ein erschreckendes Ausmaß annimmt. Hinzu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit. Hungerlöhne werden gezahlt. Man nimmt jeden Lohn an, der geboten wird. Drei Pesetas täglich (etwa 1 Mark), und wenn es hoch kommt, fünf Pesetas. Nun liegt es in der Natur primitiver Menschen, daß sie nicht die Führer, die sie in Streiks und Putsche gehetzt haben, sondern die Regierung für ihre Not verantwortlich machen. Vielen ist die heutige bürgerliche Republik verhaßter, als es die Monarchie je war.

Ministerpräsident Azana läßt sich jedoch durch keine Kritik irre machen. Er hat kürzlich den Journalisten die Erklärung abgegeben, daß der Kurs seiner Politik unentwegt die Richtung nach links nehmen werde, und daß er sein radikales Reformwerk zu Ende führen wolle. Es ist schwer vorauszusehen, wie lange und wie weit ihm das spanische Volk Gefolgschaft leisten wird. Die jetzt herrschende Schicht aus der spanischen radikalen Intelligenz des Ateneoklubs ist dünn gesät. Sogar Professor Unamuno, der eifrige Vorkämpfer der Republik, übt an den heutigen Zuständen herbe Kritik; er, Professor Ortega y Gasset und viele andere mehr stehen gekränkt beiseit und versprechen sich wenig Gutes von der Zukunft.

In den nächsten Tagen, noch im April, finden zum erstenmal in Spanien Gemeindewahlen statt, an denen diesmal auch die Frauen teilnehmen dürfen. Im April vor zwei Jahren waren es dieselben Wahlen, die über das Schicksal der Monarchie entschieden und König Alfons XIII. veranlaßten, sein Land zu verlassen, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Diesmal werden sie die Entscheidung bringen, ob das viel geplagte Land auch ferner mit den Experimenten Azanas einverstanden ist, oder ob die Besinnung auf die ruhmreiche Vergangenheit unter seinen Königen und die nationale Sammlung sich nicht freie Bahn erzwingen werden. Ein starker Ruck nach rechts kann mit Sicherheit angenommen werden, aber es läßt sich nicht im voraus bestimmen, wie weit der Pendel nach rechts ausschlagen wird.

Der Unterschied zwischen den Verhältnissen in Spanien und Portugal hat sich auch deutlich im Echo gezeigt, das der nationale Umschwung im Reich in beiden Ländern gefunden hat. Die Zeitungen in Madrid und Barcelona haben sich mit wenigen Ausnahmen an die Spitze des Lügen- und Verleumdungskampfes gestellt, den die Linksradikalen der Welt gegen Deutschland eröffneten. Die portugiesische Presse hingegen hat im allgemeinen den Umschwung mit Sympathie und Verständnis begrüßt. Das sollte man den Portugiesen nicht vergessen.

Nordschleswig will heim

Die Deutschen im abgetrennten Nordschleswig fordern Revision der Grenzziehung.

Kopenhagen, 12. April.

Wie aus Nordschleswig gemeldet wird, hat in Tingleff eine große Versammlung des deutschen Wählerverbandes stattgefunden. An der Versammlung nahmen etwa 500 Vertreter der verschiedenen deutschen Vereinigungen teil. Der Führer der Deutschen in Nordschleswig, Abgeordneter Pastor Schmidt-Wodder, hielt eine kurze einleitende Rede, in der Grenzfragen erörtert wurden. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der der Standpunkt Pastor Schmidt-Wodders vollkommen gebilligt wurde.

Der wesentlichste Teil der Entschließung lautet: „Wir Deutschen in Nordschleswig begrüßen mit Freude den nationalen Durchbruch im Deutschen Reich als einen festen Willen zur Wiedergewinnung der Freiheit. Die schleswigschen Wählervereinigungen haben von Anfang an die Notwendigkeit einer neuen Entscheidung hervorgehoben, und wir erstreben eine Entscheidung, die die Verbindung Nordschleswigs mit Schleswig-Holstein und damit mit dem Deutschen Reich wiederherstellt."

Deutsche Auferstehung

Reichsminister Hugenberg vor der Fraktion. — Schmidt-Hannover Fraktionsvorsitzender der DNVP.

Berlin, 12. April.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hielt im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab und wählte für den zurückgetretenen Vorsitzenden Oberfohren den Abgeordneten Schmidt-Hannover zum Vorsitzenden.

Im weiteren Verlauf ihrer Verhandlungen nahm die Fraktion einen Bericht des Reichsministers und Parteiführers Dr. Hugenberg entgegen. Der Minister führte u. a. aus: Trotz der Arbeitslast, die jetzt auf mir ruht, habe ich den Vorsitz der DNVP. nicht niedergelegt. Denn einerseits bedarf ich der DNVP. als organisierten Vertreter der Auffassungen, die ich im Rahmen und als Glied der nationalen Regierung vertrete. Andererseits bin und bleibe ich dafür verantwortlich, daß die DNVP. ein loyales und lebendiges Glied der nationalen und sozialen Gemeinschaft bleibt, die wir am 30. Januar begründet haben.

Seit ich die DNVP. führe, ist ihr Ziel und ihre Arbeit gradlinig auf die Errichtung einer solchen Gemeinschaft und auf die Machtentsetzung der roten und schwarzen Gegner gerichtet gewesen. Ich habe seit langem den Gesichtspunkt betont, daß wir unsere Arme weit aufmachen müssen, um der nach rechts gerichteten Wandlung der Geister entgegenzukommen. Ich wiederhole das heute. Aber ich muß hinzufügen: Konjunkturpolitiker sollen keinen Einfluß auf die Richtung unserer Politik erlangen, wir lassen uns nicht überfremden.

Am 4. Januar 1932 habe ich in Detmold, der Hauptstadt meines kleinen und schönen Heimatlandes Lippe gesagt: „Wenn in den nächsten Jahrhunderten ein Volk als Volk am Leben bleiben will, muß es Block sein, und nicht Brei." Wir sind jetzt mitten in der Verwirklichung dieses Gedankens.

Wir wandeln klar auf den Bahnen des Bundes vom 30. Januar und haben keinerlei Hintergedanken gegenüber unseren Bundesgenossen, deren Verdienst um das aufzurichtende neue Deutschland wir neidlos anerkennen. Dabei nehmen wir selbstverständlich für uns in Anspruch, vollwertige und selbstbewußte Mitkämpfer zu sein. Niemand, der mit uns als Deutschnationaler gekämpft hat, darf angetastet werden. Wir gehören nicht zu der kläglichen Sorte von Bürgertum, das in ernsten und bewegten Zeiten feige den ihm anvertrauten Platz räumt. Wir fühlen uns außerdem durch das Bewußtsein gehoben, daß wir ein notwendiges Glied der Phalanx der Zukunft sind.

Alle Revolutionen tragen die Gefahr in sich, daß sie sich überschlagen, daß sie in Radikalismus, Geschichtslosigkeit und damit in geistiger und materieller Zerstörung ende

Wir gehören zu den Mächten, die dafür bürgen, daß das, was man Revolution von 1933 nennt, und was in deutscher Ordnung und Gesetzmäßigkeit unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg eingeleitet ist, wirklich eine deutsche Auferstehung wird.

Wo gehobelt wird, fliegen Späne. Aber jeder Mitwirkende, jeder Führer — und zwar umsomehr, je höher er steht und je rückhaltloser er als Führer anerkannt wird — ist vor der Geschichte dafür verantwortlich, daß Ziel und Ergebnis nicht ein Trümmerhaufen sondern ein neuer Frühling des Volkes ist.

Reichsstatthalter von Epp

Berlin, 12. April.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Generalleutnant a. D. Ritter von Epp zum Reichsstatthalter in Bayern ernannt.

9. Tagung des Vereins Deutscher Evang. Lehrerinnen E. V.

vom 7. bis 9. April in Köln.

Den Auftakt zur Tagung gab die 18. Vertreterinnen- und Mitgliederversammlung unter der Leitung der Vorsitzenden Lehrerin Frida Cramer, W.-Barmen. Der Jahresbericht gab Zeugnis von einer reichen Arbeitsfülle, die allen Notbeschränkungen und Sparmaßnahmen zum Trotz mit einem heiligen „Dennoch!" unter der Losung: fruchtbare Schularbeit trotz Schul- und Wirtschaftsnot, zur Durchführung kam. In dem Geisteskampf der Gegenwart hielt der Verein an seiner Grundforderung — der evangelischen Bekenntnisschule — und ihrer Sicherung gegen jegliche Eingriffe christentumsfeindlicher Elemente fest. Die Wendung der vaterländischen Geschichte und die Festigung des staatlichen Lebens mit seiner Wiederaufrichtung des Prinzips der Autorität wurde dankbar begrüßt. Seit 14 Jahren hat sich der Verein für diese hohen Ziele — zusammengefaßt in die beiden Worte „Für Christentum und Deutschtum" — eingesetzt. Die Berichte der einzelnen Arbeitsausschüsse des Vereins vermittelten einen lebendigen Eindruck von der umfassenden Arbeit, die der Verein als Berufsorganisation der evangelischen Lehrerinnen auf allen Gebieten der Schule und des Standes leistet.

Von den Punkten der Tagesordnung sind hervorzuheben ein Referat von Leherin Hilde Großmann, Berlin, über die pädagogische Lage, das die Bemühungen um die Erfassung der Wirklichkeit des Menschen — auf Grund knapper Charakteristiken der Gedankengänge der bedeutendsten Pädagogen und Psychologen der Gegenwart — an Hand folgender wegweisender Fragestellungen widerspiegelte: 1. Wie entwickelt sich der Einzelmensch in der Gemeinschaft? 2. Wie innerhalb der geistigen Struktur unserer Zeit, und wo hinaus will ihre Entwicklung überhaupt? 3. Worin besteht das Wesen des Menschen — ist er primär frei, ist er gebunden? 4. Gibt es ein Eigenrecht einzelner Lebensgebiete, oder verkennt heute nur der Mensch ihre Alldurchdringung vom Glauben her? Das Referat betonte, daß nur vom evangelischen Glauben her die letzte Sinndeutung alles Geschehens zu gewinnen ist.

In diesem Sinne führte das Referat der Vorsitzenden Frau Cramer über die schul- und kirchenpolitische Lage zu der erneuten dringenden Forderung der Erhaltung und vertiefenden Gestaltung der evangelischen Bekenntnisschule, der Schule, in welcher der gesamte Unterricht von den lebendigen Kräften des Evangeliums durchdrungen ist.

Die öffentlichen Versammlungen im frühlingsgeschmückten Kongreßsaal der Messebauten vereinigten eine große Zahl von Teilnehmerinnen. Vertreter und Vertreterinnen des Preußischen Bildungsministeriums, der Regierung, der Sadt- und Schulverwaltung, der befreundeten evangelischen und anderer Verbände der Lehrer- und Lehrerinnenschaft, sowie verschiedener Frauenberufsorganisationen überbrachten als Ehrengäste herzliche, die Glaubens- und Arbeitsverbundenheit betonende Grußworte.

Die Hauptvorträge des Tages waren „Frauenfrage und Mädchenbildungsfrage in der Gegenwart — eine Besinnung und Wegweisung" von Lehrerin Dr. Sinemus-Enger, und: „Ueber Sinn und Gestaltung unserer Schularbeit an der evangelischen Jugend unseres Volkes" von Studiendirektor Mützelfeld, Kaiserswerth.

Auf Grund einer geschichtlich orientierten Besinnung auf die kulturelle Entwicklung der Frau und die eigentlichen Ursachen der Frauenbewegung, wie sie aus geistigen Grundmotiven, sozialen Mißständen, seelischer Not und den infolge der Industrialisierung veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen ist, stellte der 1. Vortrag im Blick auf die zu gestaltende Mädchenbildung in der Gegenwart die folgenden untersuchenden Fragen heraus: 1. Hat die Frau der Kultur einen Beitrag zu geben, den nur sie aus ihrer weiblichen Eigenart heraus zu leisten imstande ist? 2. Hat die Frau ein Recht auf den Beruf? 3. Welche Anforderungen müssen an die Mädchenbildung gestellt werden, damit die Mädchen den Aufgaben der Gegenwart gewachsen sind? — Der auf wissenschaftlicher Höhe stehende tiefgründige Vortrag mit seinem reichen Quellenmaterial wird in dem Organ des Vereins Deutscher Evangelischer Lehrerinnen „Die evangelische Lehrerin" (zu beziehen durch die Geschäftsstelle Wuppertal-Barmen, Neuerweg 53/55) zum Abdruck kommen.

Der zweite Vortrag legte dar, daß die gesamte Gestaltung unserer Schularbeit Ernst zu machen hat mit der vollen Wirklichkeit des jungen deutschen Menschen mit seinem Hier und Jetzt. Im einzelnen wurde hervorgehoben: Alle Schularbeit muß aufbauen auf der natürlichen Gliederung des Volkes, bedacht sein auf die Erhaltung des Volkstums und hinweisen auf die Zukunftsaufgaben der Nation. Die Aufgaben der einzelnen Schularten — Volksschule, mittlere Schule, höhere Schule — sind möglichst charakteristisch herauszuarbeiten. Jedem das Seine! —

Grundlegend muß berücksichtigt werden die Geschlechtlichkeit. Die Bildungsaufgabe an Mädchen ist in vielen Fällen eine andersgeartete als die an Knaben (Wehrhaftigkeit und Mütterlichkeit). — In allen Schulen sei leitendes Prinzip der ganzen Schularbeit die Dienstbereitschaft: Erziehung in und durch die Gemeinschaft zum Dienst an der Gemeinschaft. — Letzter und wirklich tragfähiger Grund für den Dienst an der Menschheit ist der Gehorsam gegen Gottes gesamte Offenbarung.

Wie dieser Dienst recht erfüllt werden kann, zeigte der Schlußvortrag von Lehrerin Käthe Weiland, Dessau, über „Unsere Arbeit unter den Kräften des Evangeliums".

Die inhaltreiche Tagung fand ihren Abschluß mit einem gut besuchten Elternabend im Evang. Vereinshaus in der Rheingasse. Er brachte die innere Verbundenheit von Schule, Elternschaft und Kirche im Werk der evangelischen Jugenderziehung sowohl in dem warmem Grußwort der Vorsitzenden der Ortsgruppe, Lehrerin Grete Langendorf, und im Hauptvortrag des Abends über „Die Eltern und die Führung ihrer heranwachsenden Kinder" von Frau Rektorin Spelsberg, W.-Elberfeld, als auch in der kraftvollen Schlußansprache des höchsten Vertreters der rheinischen evangelischen Provinzialkirche, Herrn Generalsuperintendent D. Stoltenhoff zu einem die Herzen tief ergreifenden Ausdruck.

Entscheidung in Preußen

Göring preußischer Ministerpräsident

Berlin, 12. April.

Reichskanzler Hitler hat den zur Zeit in Rom befindlichen Reichsminister Göring mit folgendem Telegramm zum Ministerpräsidenten ernannt:

„Ich ernenne Sie mit Wirkung vom heutigen Tage zum Ministerpräsidenten von Preußen. Ich bitte Sie, Ihre Geschäfte am 20. April in Berlin übernehmen zu wollen.

Ich fühle mich glücklich, Ihnen diesen Beweis meines Vertrauens und meiner Dankbarkeit geben zu können für die so großen Verdienste, die Sie sich um die Wiedererhebung des deutschen Volkes seit über 10 Jahren als Kämpfer unserer Bewegung, für die siegreiche Durchführung der nationalen Revolution als kommissarischer Minister des Innern in Preußen erworben haben und nicht zuletzt für die einzige Treue, mit der Sie Ihr Schicksal an das meine schlossen.

Adolf Hitler."

Papen an Hitler

Berlin, 12. April.

Vizekanzler von Papen hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet: „Mit der am heutigen Tage vom Reichskabinett verabschiedeten Vorlage eines Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich ist ein Gesetzgebungswerk begonnen, das für die staatspolitische Entwicklung des Deutschen Reiches von historischer Bedeutung sein wird. Der Schritt, den die mir seinerzeit unterstellte Reichsregierung am 20. Juli 1932 zur Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen getan hat, erhält seine Krönung durch die nunmehrige neue enge gesetzliche Verflechtung der Interessen des Landes Preußen mit denen des Reiches.

Sie, Herr Reichskanzler, werden, wie einst der Fürst Bismarck, nunmehr in der Lage sein, die Politik des größten der deutschen Länder in allen Punkten mit der des Reiches gleichzuschalten. Nachdem das neue Gesetz Ihnen die Möglichkeit gibt, den preußischen Ministerpräsidenten zu ernennen, bitte ich Sie, dem Herrn Reichspräsidenten die Mitteilung machen zu wollen, daß ich das Amt des Reichskommissars für das Land Preußen gehorsamst in seine Hände zurücklege."

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten diesen Brief mit nachstehendem Schreiben übermittelt:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Der Vizekanzler von Papen hat an mich ein Schreiben gerichtet, das ich zu Ihrer gütigen Kenntnisnahme diesem Briefe beilege.

Herr von Papen teilte mir schon in den letzten Tagen mit, er sei mit Minister Göring übereingekommen, von sich aus zurückzutreten sobald durch das neue Gesetz der Gleichschaltung der Politik in Reich und Ländern die Einheitlichkeit der Führung der Regierungsgeschäfte in Reich und Preußen gewährleistet sei.

Am Abend nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Einsetzung der Reichsstatthalter sah Herr von Papen dieses Ziel erreicht und bat mich, nunmehr die Ernennung des preußischen Ministerpräsidenten vorzunehmen, wobei er sich selbst zur weiteren Mitarbeit an der Reichsregierung nunmehr voll zur Verfügung stellte.

Herr von Papen hat sich durch die Uebernahme der kommissarischen Leitung Preußens in dieser schweren Zeit seit dem 30. Januar ein großes Verdienst für die Durchsetzung des Gedankens der Gleichschaltung der Politik in Reich und Ländern erworben. Seine Mitarbeit im Reichskabinett, für die er nunmehr seine ganze Kraft zur Verfügung stellt, ist eine unendlich wertvolle, mein inneres Verhältnis zu ihm ein so herzlich freundschaftliches, daß ich mich aufrichtig freue über die große Hilfe, die mir nunmehr dadurch zuteil wird."

Darauf hat der Reichspräsident Vizekanzler von Papen von seinem Amt als Reichskommissar für das Land Preußen entbunden und ihm mit folgendem Telegramm seinen Dank für die in diesem Amte geleisteten Dienste ausgesprochen:

„Lieber Herr von Papen!

Ihrem Antrage um Entbindung von dem Amte des Reichskommissars für das Land Preußen habe ich soeben entsprochen. Es drängt mich, Ihnen bei dieser Gelegenheit namens des Reiches wie eigenen Namens aufrichtig für die großen Verdienste zu danken, die Sie sich durch die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen für die Durchsetzung des Gedankens einer einheitlichen politischen Führung in Reich und Ländern erworben haben. Daß nunmehr Ihre ganze Arbeitskraft der Reichsregierung zur Verfügung steht, begrüße ich mit Genugtuung.

Mit den besten Grüßen bin ich in treuer Kameradschaft
Ihr ergebener von Hindenburg, Reichspräsident."

Der neue Staatsrat

Zweidrittelmehrheit der NSDAP

Berlin, 12. April.

Die neuen preußischen Provinziallandtage haben ihre Arbeit aufgenommen und in der ersten Sitzung die Entscheidung über die Vertretung im Preußischen Staatsrat gefällt. Es wurden gewählt: in Ostpreußen fünf Nationalsozialisten; in Oberschlesien zwei Nationalsozialisten und ein Mitglied des Zentrums; in Niederschlesien vier Nationalsozialisten, ein Zentrumsabgeordneter und ein Sozialdemokrat; in Pommern drei Nationalsozialisten und ein Deutschnationaler; in Brandenburg drei Nationalsozialisten, ein Deutschnationaler und ein Sozialdemokrat; in Berlin fünf Nationalsozialisten; in Hohenzollern ein Nationalsozialist; in der Grenzmark Posen-Westpreußen zwei Nationalsozialisten und ein Mitglied des Zentrums; in Hessen-Nassau vier Nationalsozialisten und ein Zentrumsabgeordneter; in der Rheinprovinz acht Nationalsozialisten, fünf Zentrumsabgeordnete und ein Deutschnationaler.

Nach dieser Entscheidung der preußischen Provinzen wird der Preußische Staatsrat künftig statt 81 nur noch 80 Mitglieder umfassen, da sich der Anteil der Rheinprovinz von 15 auf 14 Mitglieder vermindert hat. Von diesen insgesamt 80 Mandaten entfallen auf die Nationalsozialisten 55, auf das Zentrum zwölf, auf die Sozialdemokraten acht und auf die Deutschnationalen fünf Sitze. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 54 Sitze, so daß die Nationalsozialisten damit über die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit allein verfügen.

Der neue Staatsrat wird voraussichtlich am 26. oder 27. April zum ersten Male zusammentreten. Anschließend daran dürfte der Preußische Landtag einberufen werden.

Deutsche Karwoche in Polen.

Die „Lodzer Freie Presse" vollkommen vernichtet.

Lodz, 11. April. Die „Lodzer Freie Presse" macht in einer Sonderausgabe Mitteilungen über die Verwüstungen, die von den Demonstranten in den Räumen des Blattes angerichtet wurden. Das Blatt sagt, die Karwoche habe für die Deutschen Polens eine neue Leidenszeit eingeleitet. Die Redaktion, Druckerei, Setzerei und Geschäftsstelle der „Freien Presse" sowie der Buchvertrieb des Verlages „Libertas" seien ein einziger großer Schutt- und Trümmerhaufen. Schreibtische, Schreibmaschinen, Maschinen, Schränke, Bücher usw. seien vernichtet und bilden auf dem Hof ein wüstes Durcheinander. Innerhalb einer Stunde sei am Palmsonntag von Unverantwortlichen das Ergebnis einer vierzehnjährigen schweren Arbeit vernichtet worden.

Demonstrationsverbot in Warschau. — Nach neuen Ausschreitungen in Graudenz und Posen.

Graudenz, 12. April.

Nach neuen deutschfeindlichen Ausschreitungen polnischer Hetzer in Graudenz und Posen hat man sich endlich in Warschau dazu entschlossen, eine neu angesetzte deutschfeindliche Demonstration der polnischen „Legion der Jungen" zu verbieten. Gleichzeitig wurden im Vereinslokal einer Studentenorganisation deutschfeindliche Plakate und Aufrufe, die zum Boykott deutscher Waren aufforderten, beschlagnahmt.

Ueber die Zwischenfälle in Graudenz und Posen wird berichtet: In Graudenz beschlagnahmten polnische Demonstrantentrupps bei den Zeitungshändlern die deutschen Zeitungen, um sie zu verbrennen. In einigen Fällen wurden auch Waren aus den Geschäften gestohlen! Außerdem wurden bei einigen deutschen Geschäften die Firmenschilder zerschlagen. Obwohl die Ausschreitungen sich lange hinzogen, erschien doch die Polizei erst nach Schluß der Ausschreitungen. Der deutschen Bevölkerung hat sich starke Erregung bemächtigt! — In Posen holten polnische Studenten und Jugendliche aus den Zeitungskiosken die deutschen Zeitschriften und Zeitungen heraus. Die Schriften wurden auf dem ehemaligen Wilhelmsplatz zu einem Scheiterhaufen aufgeschichtet und in Brand gesteckt. Während dieses Vorganges riefen Sprechchöre: „Fort mit den Deutschen!" Ferner wurde die versammelte Menge zum Boykott deutscher Waren, Firmen und Zeitungen aufgefordert.

Aehnliche Kundgebungen wie die in der Stadt Posen werden aus der überwiegenden Zahl der Städte und Dörfer der gesamten Provinz Posen gemeldet. Zu ernsteren Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Hitler Ende April in Rom?

Ueberreichung des französischen Abrüstungsmemorandums.

Rom, 12. April.

Ministerpräsident Mussolini empfing den französischen Botschafter de Jouvenel, der ihm das französische Abrüstungsmemorandum und ein Begleitschreiben mit den französischen Vorschlägen zum Viermächtepakt überreichte.

Nach einer Agenturmeldung dürften die von Mussolini angeregten weiteren Besprechungen über den Viererpakt wegen der Wallfahrten anläßlich des Heiligen Jahres nicht in Rom sondern in Venedig stattfinden. Vorher würde, so heißt es in der Meldung, Mussolini gern mit Hitler, Daladier, Titulescu, Benesch und Jeftitsch Fühlung nehmen. Demnächst würden an sie Einladungen, nach Rom zu kommen, ergehen.

Als Termin für einen Besuch des Reichskanzlers Hitler in Rom wird in der Presse bereits Ende April genannt.

Der Umbau des Beamtentums

Das Wohnungs-Kündigungsrecht der von dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffenen Personen.

Berlin, 12. April.

Im Reichsgesetzblatt wird ein von der Reichsregierung ausgefertigtes Gesetz über das Kündigungsrecht der Personen veröffentlicht, die durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffen werden.

Danach kann, wer nach den Vorschriften des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seine Bezüge ganz oder teilweise verliert, ein Mietverhältnis über Räume, die er für sich oder seine Familie gemietet hat, unter Einhaltung der gesetzlichen Frist kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den sie zulässig ist. Entgegengesetzte Vereinbarungen sind unwirksam.

Der Vermieter kann gegen die Kündigung Widerspruch erheben. Ueber den Widerspruch entscheidet das Amtsgericht. Die Kündigung ist für unwirksam zu erklären, wenn dem Mieter unter Berücksichtigung der Verhältnisse beider Teile die Fortsetzung des Mietsverhältnisses zugemutet werden kann. Der Widerspruch ist binnen zwei Wochen beim zuständigen Amtsgericht anzubringen. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluß; sie kann ohne mündliche Verhandlung ergehen. Gegen den Beschluß ist nur sofortige Beschwerde statthaft.

Der frühere preußische Innenminister Severing will sein Landtagsmandat zur Verfügung stellen und in Zukunft nur noch sein Reichstagsmandat ausüben.

Evangelische Akademikerkonferenz in Hannover.

Vor 2 Jahren war in Braunschweig zum ersten Male eine Konferenz der evangelischen Akademiker veranstaltet. Die Tagung hatte nicht nur einen äußerlich günstigen Verlauf aufzuweisen, sowohl was den Besuch als auch die Bedeutsamkeit von Rednern und Themen anlangte, sondern bedeutete insofern etwas Besonderes in der Geschichte des Protestantismus, als hier zum erstenmal die evangelische Akademikerschaft in einer gewissen Geschlossenheit vor die Oeffentlichkeit trat. Inzwischen ist die Auseinandersetzung mit religiösen und kirchlichen Fragen im Kreis der akademischen Welt nicht nur stetig fortgeschritten, sondern durch die Gewichtsverlagerung des öffentl. Lebens ins Weltanschauliche noch wesentlich gesteigert. Der religiöse Individualismus wird durch den Aufbruch eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins verdrängt, das christliche Dogma, bis vor kurzem noch von der blendenden Rationalität eines geschlossenen naturwissenschaftlichen Weltbildes überschattet, wird durch einen neu aufbrechenden Willen zur metaphysischen Vertiefung durch die Frage nach dem Wesen der Schöpfung und durch die Auseinandersetzung mit dem Problem der Sünde erneut zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion, und das Wesen der Kirche, im vergangenen Jahrzehnt teils nur kulturell, teils lediglich als politischer Faktor gewertet, wird heute im wachsenden Maße als Grundlage der Volksgemeinschaft erfaßt.

So darf von vornherein mit einem lebhaften Interesse für die zweite evangelische Akademikertagung in Hannover gerechnet werden, die von Ostermontag, dem 17. April, abends bis Mittwoch, dem 19. April, nachmittags währt. (Anmeldung und Auskunft bei der Geschäftsstelle der 2. Konferenz Evang. Akademiker Deutschlands, Landesjugendpastor Kayser, Hannover, Lutherhaus, Ebhardtstraße 3 A.) In Braunschweig hatte man sehr viele grundsätzliche Fragen, die das Verhältnis des evangelischen Akademikers zum öffentlichen Leben und zur Kirche betrafen, ausführlich verhandelt, und damit eine wichtige Auflockerung für die innere Haltung des Akademikers überhaupt geschaffen. Die Konferenz in Hannover baut hierauf planmäßig weiter und gibt den Auseinandersetzungen mit besonderen Gebieten der Lebens- oder Weltanschauung wesentlich weiteren Raum. Die Konferenz wird durch einen öffentlichen Abend, der auch besonders für die Gäste aus der Stadt Hannover gedacht ist, eingeleitet. Hier sprechen Landesbischof Rendtorff-Schwerin und Bergrat Teßmar-Saarbrücken über „Der evangelische Akademiker in Volk und Kirche". Vom Akademikertum handelt auch der erste Vortrag am Dienstag vormittag von Generalsuperintendent D. Zänker-Breslau, der über „Akademikertum in der Krisis" redet. Die beiden Hauptvorträge Dienstag abend über „Menschenführung im technischen Zeitalter" (Geheimrat Prof. D. Dr. Ing. Schlink oder Prof. Dr. Dingler-Darmstadt) und der dritte Hauptvortrag am Mittwoch vorm. „Reformation als politische Potenz" (Priv.-Dozent Dr. Craemer-Königsberg) wenden sich bereits den besonderen Gebieten des weltanschaulichen Lebens zu. Vor allem aber sollen die Einzelfragen dadurch zu ihrem Recht kommen, daß man acht Arbeitsgruppen vorgesehen hat, in denen medizinische, rassehygienische, politische, wirtschaftliche, erzieherische, juristische und Fragen der Kunst eine dem Sinn der Tagung entsprechende Behandlung erfahren. Diese Gliederung der Konferenz in Hauptvorträge und Arbeitsgruppen verspricht nicht nur Reichhaltigkeit, sondern auch Berücksichtigung vielfacher Sonderinteressen der Teilnehmer. Die Morgenfeiern am Dienstag und Mittwoch werden vom Landesbischof der Hannoverschen Landeskirche Abt D. Marahrens gehalten.

Den Vorsitz der ganzen Konferenz führt Prof. Dr. D. Schmidt-Japing-Bonn.

Der Besuch der Akademikerkonferenz wird dadurch erleichtert, daß sie innerhalb der Geltungsdauer der verbilligten Osterkarten liegt. Außerdem ist der Tagungsbeitrag (4, —RM, Studenten und Familienglieder 1,— RM) sehr niedrig gehalten, für Freiquartiere ist nach Möglichkeit Sorge getragen, so daß die Teilnahme weitesten Kreisen und auf weite Entfernungen hin trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sein wird. Lic. Grimm.

Das große Aufräumen

Die Säuberungsaktion beim Hauptverband Deutscher Krankenkassen.

Berlin, 12. April.

Der Beauftragte des Reichsarbeitsministers als kommissarischer Leiter des früheren marxistischen Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister in die Verhältnisse und Zustände dieses rund 12 Millionen Versicherte umfassenden Krankenkassenverbandes tief eingegriffen. Alle Vorstände des Hauptverbandes selbst und seiner sämtlichen Unterverbände sind abgesetzt, und allen Verbandsbeamten ist zum nächst zulässigen Termin gekündigt worden. Nur diejenigen Verbandsbeamten werden im Dienste bleiben, die befähigt sind und die Gewähr dafür bieten, daß sie im Interesse des heutigen Staates sich betätigen.

Der Beauftragte des Reichsarbeitsministeriums hat eine Reihe von größeren Sparmaßnahmen ergriffen, die sich auch darin äußern werden, daß alle Einrichtungen und Unternehmungen, die mit den eigentlichen Verbandsaufgaben nichts zu tun haben, beseitigt werden. Die Reichstreuhand-Gesellschaft ist zur Zeit dabei, die Verhältnisse bei der Heilmittel-Gesellschaft, die schon zu erheblichen Anständen Anlaß gaben, zu untersuchen und zu klären.

Dabei ist man auf eine Reihe von Verschachtelungen gestoßen, die zum Teil nicht leicht zu entwirren sind.

Die Verträge mit einer Buchdruckereifirma, deren Inhaber sich in Schutzhaft befindet, sind gelöst worden. Es wird auch die Frage untersucht, ob die Verlagsgesellschaft, die sich der

den Familienvätern oder Familienernährern gewählt. Denn, da Dr. Oliveira Salazar die Familie als die Grundlage des Staatsaufbaues betrachtet, so soll auch den Familienerhaltern, denen er ein größeres Verantwortungsgefühl zutraut, in politischer Beziehung ein Vorrecht eingeräumt werden. Auch Frauen, sofern sie eine Familie erhalten, oder einem Unternehmen vorstehen, dürfen wählen. Die Minister sind nicht der Kammer, sondern allein dem Staatspräsidenten verantwortlich, der sie nach seinem Ermessen unter den fähigsten Männern des Landes aussucht und ernennt. Die Minister ihrerseits besetzen die hohen Beamtenposten nicht etwa aus den Reihen des Parlamentes, sondern sie treffen ihre Wahl unter bewährten Fachleuten.

Das Ergebnis des Volksentscheides hat den Beweis geliefert, daß Portugal aufgehört hat, das klassische Land der Putsche und Revolutionen zu sein. Präsident General Carmona hat es für möglich erachtet, anläßlich des Volksentscheides eine ausgedehnte politische Amnestie zu erlassen. Ein Kriegsschiff hat den Hafen von Lissabon verlassen, um die Verbannten aus Timor, aus Afrika und den Azoren einzusammeln und in die Heimat zurückzubringen. Ihre Rückkehr bedeutet heute kaum mehr eine Gefahr für die Ruhe im Staate, da während der Diktatur die demokratische Opposition Alfonso da Costas zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschmolzen und auch die Armee entpolitisiert worden ist. Möglich wäre es, daß sich die Lage nach dem Rücktritt General Carmonas ändert, denn das Prestige des Diktators ist so überragend, daß er sich kaum durch eine andere Persönlichkeit ersetzen läßt. Seit 1926 hält er die Macht in seinen Händen. Er hat es verstanden, allem Radikalismus die Spitze abzubrechen und sich mit vortrefflichen Mitarbeitern zu umgeben, denen es gelang, mit der Korruption aufzuräumen, die Wirtschaft und die Finanzen zu ordnen und die Disziplin wiederherzustellen.

Die Vorgänge in Portugal haben sich genau entgegengesetzt zu denen im Nachbarlande Spanien entwickelt, wie denn überhaupt trotz der gemeinsamen Grenze und der rassischen Verwandtschaft weltanschaulich und kulturell zwischen beiden Völkern einschneidende Unterschiede bestehen. Spanien gefällt sich in politischem Radikalismus und ermöglicht es den Sozialdemokraten, Syndikalisten, Anarchisten usw., eine verheerende Rolle zu spielen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendwo Bomben platzen, Streikunruhen ausbrechen und geschossen wird. Erstaunlich bleibt das Zielbewußtsein des Regierungschefs Azana. Mit diktatorialen Vollmachten ausgestattet, verfolgt er den von ihm vorgezeichneten Weg der Radikalisierung seines Vaterlandes. Spanien, dieses halb Afrika halb Europa zugekehrte Reich, über dem bisher der Schimmer einer mittelalterlichen Romantik lag, soll ohne Uebergang in einen „neuen Zeitgeist" hineingepreßt werden und ein Gewand anlegen, das ihm nicht paßt und in dem es sich nicht wohl fühlt.

Der Ministerpräsident suchte die Massen für sich zu gewinnen, indem er Versprechungen machte, die nicht erfüllt werden konnten, die aber wilde Instinkte weckten. Die von Azana angebahnte Enteignung des Großgrundbesitzes hat bisher nur zur Plünderung der Güter und zur Vernichtung des Viehbestandes geführt. Der Autoritätsbegriff ist in sein Gegenteil verkehrt. Viele Bergwerke stehen still, weil die Arbeiter entweder streiken oder Sabotageakte begehen, und so ist es nicht verwunderlich, daß anstatt der versprochenen Herrlichkeiten in mehreren Bezirken der Hungertyphus ausgebrochen ist und die Tuberkulose ein erschreckendes Ausmaß annimmt. Hinzu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit. Hungerlöhne werden gezahlt. Man nimmt jeden Lohn an, der geboten wird. Drei Pesetas täglich (etwa 1 Mark), und wenn es hoch kommt, fünf Pesetas. Nun liegt es in der Natur primitiver Menschen, daß sie nicht die Führer, die sie in Streiks und Putsche gehetzt haben, sondern die Regierung für ihre Not verantwortlich machen. Vielen ist die heutige bürgerliche Republik verhaßter, als es die Monarchie je war.

Ministerpräsident Azana läßt sich jedoch durch keine Kritik irre machen. Er hat kürzlich den Journalisten die Erklärung abgegeben, daß der Kurs seiner Politik unentwegt die Richtung nach links nehmen werde, und daß er sein radikales Reformwerk zu Ende führen wolle. Es ist schwer vorauszusehen, wie lange und wie weit ihm das spanische Volk Gefolgschaft leisten wird. Die jetzt herrschende Schicht aus der spanischen radikalen Intelligenz des Ateneoklubs ist dünn gesät. Sogar Professor Unamuno, der eifrige Vorkämpfer der Republik, übt an den heutigen Zuständen herbe Kritik; er, Professor Ortega y Gasset und viele andere mehr stehen gekränkt beiseit und versprechen sich wenig Gutes von der Zukunft.

In den nächsten Tagen, noch im April, finden zum erstenmal in Spanien Gemeindewahlen statt, an denen diesmal auch die Frauen teilnehmen dürfen. Im April vor zwei Jahren waren es dieselben Wahlen, die über das Schicksal der Monarchie entschieden und König Alfons XIII. veranlaßten, sein Land zu verlassen, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Diesmal werden sie die Entscheidung bringen, ob das viel geplagte Land auch ferner mit den Experimenten Azanas einverstanden ist, oder ob die Besinnung auf die ruhmreiche Vergangenheit unter seinen Königen und die nationale Sammlung sich nicht freie Bahn erzwingen werden. Ein starker Ruck nach rechts kann mit Sicherheit angenommen werden, aber es läßt sich nicht im voraus bestimmen, wie weit der Pendel nach rechts ausschlagen wird.

Der Unterschied zwischen den Verhältnissen in Spanien und Portugal hat sich auch deutlich im Echo gezeigt, das der nationale Umschwung im Reich in beiden Ländern gefunden hat. Die Zeitungen in Madrid und Barcelona haben sich mit wenigen Ausnahmen an die Spitze des Lügen- und Verleumdungskampfes gestellt, den die Linksradikalen der Welt gegen Deutschland eröffneten. Die portugiesische Presse hingegen hat im allgemeinen den Umschwung mit Sympathie und Verständnis begrüßt. Das sollte man den Portugiesen nicht vergessen.

Nordschleswig will heim

Die Deutschen im abgetrennten Nordschleswig fordern Revision der Grenzziehung.

Kopenhagen, 12. April.

Wie aus Nordschleswig gemeldet wird, hat in Tingleff eine große Versammlung des deutschen Wählerverbandes stattgefunden. An der Versammlung nahmen etwa 500 Vertreter der verschiedenen deutschen Vereinigungen teil. Der Führer der Deutschen in Nordschleswig, Abgeordneter Pastor Schmidt-Wodder, hielt eine kurze einleitende Rede, in der Grenzfragen erörtert wurden. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der der Standpunkt Pastor Schmidt-Wodders vollkommen gebilligt wurde.

Der wesentlichste Teil der Entschließung lautet: „Wir Deutschen in Nordschleswig begrüßen mit Freude den nationalen Durchbruch im Deutschen Reich als einen festen Willen zur Wiedergewinnung der Freiheit. Die schleswigschen Wählervereinigungen haben von Anfang an die Notwendigkeit einer neuen Entscheidung hervorgehoben, und wir erstreben eine Entscheidung, die die Verbindung Nordschleswigs mit Schleswig-Holstein und damit mit dem Deutschen Reich wiederherstellt."

Deutsche Auferstehung

Reichsminister Hugenberg vor der Fraktion. — Schmidt-Hannover Fraktionsvorsitzender der DNVP.

Berlin, 12. April.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hielt im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab und wählte für den zurückgetretenen Vorsitzenden Oberfohren den Abgeordneten Schmidt-Hannover zum Vorsitzenden.

Im weiteren Verlauf ihrer Verhandlungen nahm die Fraktion einen Bericht des Reichsministers und Parteiführers Dr. Hugenberg entgegen. Der Minister führte u. a. aus: Trotz der Arbeitslast, die jetzt auf mir ruht, habe ich den Vorsitz der DNVP. nicht niedergelegt. Denn einerseits bedarf ich der DNVP. als organisierten Vertreter der Auffassungen, die ich im Rahmen und als Glied der nationalen Regierung vertrete. Andererseits bin und bleibe ich dafür verantwortlich, daß die DNVP. ein loyales und lebendiges Glied der nationalen und sozialen Gemeinschaft bleibt, die wir am 30. Januar begründet haben.

Seit ich die DNVP. führe, ist ihr Ziel und ihre Arbeit gradlinig auf die Errichtung einer solchen Gemeinschaft und auf die Machtentsetzung der roten und schwarzen Gegner gerichtet gewesen. Ich habe seit langem den Gesichtspunkt betont, daß wir unsere Arme weit aufmachen müssen, um der nach rechts gerichteten Wandlung der Geister entgegenzukommen. Ich wiederhole das heute. Aber ich muß hinzufügen: Konjunkturpolitiker sollen keinen Einfluß auf die Richtung unserer Politik erlangen, wir lassen uns nicht überfremden.

Am 4. Januar 1932 habe ich in Detmold, der Hauptstadt meines kleinen und schönen Heimatlandes Lippe gesagt: „Wenn in den nächsten Jahrhunderten ein Volk als Volk am Leben bleiben will, muß es Block sein, und nicht Brei." Wir sind jetzt mitten in der Verwirklichung dieses Gedankens.

Wir wandeln klar auf den Bahnen des Bundes vom 30. Januar und haben keinerlei Hintergedanken gegenüber unseren Bundesgenossen, deren Verdienst um das aufzurichtende neue Deutschland wir neidlos anerkennen. Dabei nehmen wir selbstverständlich für uns in Anspruch, vollwertige und selbstbewußte Mitkämpfer zu sein. Niemand, der mit uns als Deutschnationaler gekämpft hat, darf angetastet werden. Wir gehören nicht zu der kläglichen Sorte von Bürgertum, das in ernsten und bewegten Zeiten feige den ihm anvertrauten Platz räumt. Wir fühlen uns außerdem durch das Bewußtsein gehoben, daß wir ein notwendiges Glied der Phalanx der Zukunft sind.

Alle Revolutionen tragen die Gefahr in sich, daß sie sich überschlagen, daß sie in Radikalismus, Geschichtslosigkeit und damit in geistiger und materieller Zerstörung enden.

Wir gehören zu den Mächten, die dafür bürgen, daß das, was man Revolution von 1933 nennt, und was in deutscher Ordnung und Gesetzmäßigkeit unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg eingeleitet ist, wirklich eine deutsche Auferstehung wird.

Wo gehobelt wird, fliegen Späne. Aber jeder Mitwirkende, jeder Führer — und zwar umsomehr, je höher er steht und je rückhaltloser er als Führer anerkannt wird — ist vor der Geschichte dafür verantwortlich, daß Ziel und Ergebnis nicht ein Trümmerhaufen sondern ein neuer Frühling des Volkes ist.

Reichsstatthalter von Epp

Berlin, 12. April.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Generalleutnant a. D. Ritter von Epp zum Reichsstatthalter in Bayern ernannt.

9. Tagung des Vereins Deutscher Evang. Lehrerinnen E. V.

vom 7. bis 9. April in Köln.

Den Auftakt zur Tagung gab die 18. Vertreterinnen- und Mitgliederversammlung unter der Leitung der Vorsitzenden Lehrerin Frida Cramer, W.-Barmen. Der Jahresbericht gab Zeugnis von einer reichen Arbeitsfülle, die allen Notbeschränkungen und Sparmaßnahmen zum Trotz mit einem heiligen „Dennoch!" unter der Losung: fruchtbare Schularbeit trotz Schul- und Wirtschaftsnot, zur Durchführung kam. In dem Geisteskampf der Gegenwart hielt der Verein an seiner Grundforderung — der evangelischen Bekenntnisschule — und ihrer Sicherung gegen jegliche Eingriffe christentumsfeindlicher Elemente fest. Die Wendung der vaterländischen Geschichte und die Festigung des staatlichen Lebens mit seiner Wiederaufrichtung des Prinzips der Autorität wurde dankbar begrüßt. Seit 14 Jahren hat sich der Verein für diese hohen Ziele — zusammengefaßt in die beiden Worte „Für Christentum und Deutschtum" — eingesetzt. Die Berichte der einzelnen Arbeitsausschüsse des Vereins vermittelten einen lebendigen Eindruck von der umfassenden Arbeit, die der Verein als Berufsorganisation der evangelischen Lehrerinnen auf allen Gebieten der Schule und des Standes leistet.

Von den Punkten der Tagesordnung sind hervorzuheben ein Referat von Leherin Hilde Großmann, Berlin, über die pädagogische Lage, das die Bemühungen um die Erfassung der Wirklichkeit des Menschen — auf Grund knapper Charakteristiken der Gedankengänge der bedeutendsten Pädagogen und Psychologen der Gegenwart — an Hand folgender wegweisender Fragestellungen widerspiegelte: 1. Wie entwickelt sich der Einzelmensch in der Gemeinschaft? 2. Wie innerhalb der geistigen Struktur unserer Zeit, und wo hinaus will ihre Entwicklung überhaupt? 3. Worin besteht das Wesen des Menschen — ist er primär frei, ist er gebunden? 4. Gibt es ein Eigenrecht einzelner Lebensgebiete, oder verkennt heute nur der Mensch ihre Alldurchdringung vom Glauben her? Das Referat betonte, daß nur vom evangelischen Glauben her die letzte Sinndeutung alles Geschehens zu gewinnen ist.

In diesem Sinne führte das Referat der Vorsitzenden Frau Cramer über die schul- und kirchenpolitische Lage zu der erneuten dringenden Forderung der Erhaltung und vertiefenden Gestaltung der evangelischen Bekenntnisschule, der Schule, in welcher der gesamte Unterricht von den lebendigen Kräften des Evangeliums durchdrungen ist.

Die öffentlichen Versammlungen im frühlingsgeschmückten Kongreßsaal der Messebauten vereinigten eine große Zahl von Teilnehmerinnen. Vertreter und Vertreterinnen des Preußischen Bildungsministeriums, der Regierung, der Sadt- und Schulverwaltung, der befreundeten evangelischen und anderer Verbände der Lehrer- und Lehrerinnenschaft, sowie verschiedener Frauenberufsorganisationen überbrachten als Ehrengäste herzliche, die Glaubens- und Arbeitsverbundenheit betonende Grußworte.

Die Hauptvorträge des Tages waren „Frauenfrage und Mädchenbildungsfrage in der Gegenwart — eine Besinnung und Wegweisung" von Lehrerin Dr. Sinemus-Enger, und: „Ueber Sinn und Gestaltung unserer Schularbeit an der evangelischen Jugend unseres Volkes" von Studiendirektor Mützelfeld, Kaiserswerth.

Auf Grund einer geschichtlich orientierten Besinnung auf die kulturelle Entwicklung der Frau und die eigentlichen Ursachen der Frauenbewegung, wie sie aus geistigen Grundmotiven, sozialen Mißständen, seelischer Not und den infolge der Industrialisierung veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen ist, stellte der 1. Vortrag im Blick auf die zu gestaltende Mädchenbildung in der Gegenwart die folgenden untersuchenden Fragen heraus: 1. Hat die Frau der Kultur einen Beitrag zu geben, den nur sie aus ihrer weiblichen Eigenart heraus zu leisten imstande ist? 2. Hat die Frau ein Recht auf den Beruf? 3. Welche Anforderungen müssen an die Mädchenbildung gestellt werden, damit die Mädchen den Aufgaben der Gegenwart gewachsen sind? — Der auf wissenschaftlicher Höhe stehende tiefgründige Vortrag mit seinem reichen Quellenmaterial wird in dem Organ des Vereins Deutscher Evangelischer Lehrerinnen „Die evangelische Lehrerin" (zu beziehen durch die Geschäftsstelle Wuppertal-Barmen, Neuerweg 53/55) zum Abdruck kommen.

Der zweite Vortrag legte dar, daß die gesamte Gestaltung unserer Schularbeit Ernst zu machen hat mit der vollen Wirklichkeit des jungen deutschen Menschen mit seinem Hier und Jetzt. Im einzelnen wurde hervorgehoben: Alle Schularbeit muß aufbauen auf der natürlichen Gliederung des Volkes, bedacht sein auf die Erhaltung des Volkstums und hinweisen auf die Zukunftsaufgaben der Nation. Die Aufgaben der einzelnen Schularten — Volksschule, mittlere Schule, höhere Schule — sind möglichst charakteristisch herauszuarbeiten. Jedem das Seine! —

Grundlegend muß berücksichtigt werden die Geschlechtlichkeit. Die Bildungsaufgabe an Mädchen ist in vielen Fällen eine andersgeartete als die an Knaben (Wehrhaftigkeit und Mütterlichkeit). — In allen Schulen sei leitendes Prinzip der ganzen Schularbeit die Dienstbereitschaft: Erziehung in und durch die Gemeinschaft zum Dienst an der Gemeinschaft. — Letzter und wirklich tragfähiger Grund für den Dienst an der Menschheit ist der Gehorsam gegen Gottes gesamte Offenbarung.

Wie dieser Dienst recht erfüllt werden kann, zeigte der Schlußvortrag von Lehrerin Käthe Weiland, Dessau, über „Unsere Arbeit unter den Kräften des Evangeliums".

Die inhaltreiche Tagung fand ihren Abschluß mit einem gut besuchten Elternabend im Evang. Vereinshaus in der Rheingasse. Er brachte die innere Verbundenheit von Schule, Elternschaft und Kirche im Werk der evangelischen Jugenderziehung sowohl in dem warmem Grußwort der Vorsitzenden der Ortsgruppe, Lehrerin Grete Langendorf, und im Hauptvortrag des Abends über „Die Eltern und die Führung ihrer heranwachsenden Kinder" von Frau Rektorin Spelsberg, W.-Elberfeld, als auch in der kraftvollen Schlußansprache des höchsten Vertreters der rheinischen evangelischen Provinzialkirche, Herrn Generalsuperintendent D. Stoltenhoff zu einem die Herzen tief ergreifenden Ausdruck.

Entscheidung in Preußen

Göring preußischer Ministerpräsident

Berlin, 12. April.

Reichskanzler Hitler hat den zur Zeit in Rom befindlichen Reichsminister Göring mit folgendem Telegramm zum Ministerpräsidenten ernannt:

„Ich ernenne Sie mit Wirkung vom heutigen Tage zum Ministerpräsidenten von Preußen. Ich bitte Sie, Ihre Geschäfte am 20. April in Berlin übernehmen zu wollen.

Ich fühle mich glücklich, Ihnen diesen Beweis meines Vertrauens und meiner Dankbarkeit geben zu können für die so großen Verdienste, die Sie sich um die Wiedererhebung des deutschen Volkes seit über 10 Jahren als Kämpfer unserer Bewegung, für die siegreiche Durchführung der nationalen Revolution als kommissarischer Minister des Innern in Preußen erworben haben und nicht zuletzt für die einzige Treue, mit der Sie Ihr Schicksal an das meine schlossen.

Adolf Hitler."

Papen an Hitler

Berlin, 12. April.

Vizekanzler von Papen hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet: „Mit der am heutigen Tage vom Reichskabinett verabschiedeten Vorlage eines Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich ist ein Gesetzgebungswerk begonnen, das für die staatspolitische Entwicklung des Deutschen Reiches von historischer Bedeutung sein wird. Der Schritt, den die mir seinerzeit unterstellte Reichsregierung am 20. Juli 1932 zur Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen getan hat, erhält seine Krönung durch die nunmehrige neue enge gesetzliche Verflechtung der Interessen des Landes Preußen mit denen des Reiches.

Sie, Herr Reichskanzler, werden, wie einst der Fürst Bismarck, nunmehr in der Lage sein, die Politik des größten der deutschen Länder in allen Punkten mit der des Reiches gleichzuschalten. Nachdem das neue Gesetz Ihnen die Möglichkeit gibt, den preußischen Ministerpräsidenten zu ernennen, bitte ich Sie, dem Herrn Reichspräsidenten die Mitteilung machen zu wollen, daß ich das Amt des Reichskommissars für das Land Preußen gehorsamst in seine Hände zurücklege."

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten diesen Brief mit nachstehendem Schreiben übermittelt:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Der Vizekanzler von Papen hat an mich ein Schreiben gerichtet, das ich zu Ihrer gütigen Kenntnisnahme diesem Briefe beilege.

Herr von Papen teilte mir schon in den letzten Tagen mit, er sei mit Minister Göring übereingekommen, von sich aus zurückzutreten sobald durch das neue Gesetz der Gleichschaltung der Politik in Reich und Ländern die Einheitlichkeit der Führung der Regierungsgeschäfte in Reich und Preußen gewährleistet sei.

Am Abend nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Einsetzung der Reichsstatthalter sah Herr von Papen dieses Ziel erreicht und bat mich, nunmehr die Ernennung des preußischen Ministerpräsidenten vorzunehmen, wobei er sich selbst zur weiteren Mitarbeit an der Reichsregierung nunmehr voll zur Verfügung stellte.

Herr von Papen hat sich durch die Uebernahme der kommissarischen Leitung Preußens in dieser schweren Zeit seit dem 30. Januar ein großes Verdienst für die Durchsetzung des Gedankens der Gleichschaltung der Politik in Reich und Ländern erworben. Seine Mitarbeit im Reichskabinett, für die er nunmehr seine ganze Kraft zur Verfügung stellt, ist eine unendlich wertvolle, mein inneres Verhältnis zu ihm ein so herzlich freundschaftliches, daß ich mich aufrichtig freue über die große Hilfe, die mir nunmehr dadurch zuteil wird."

Darauf hat der Reichspräsident Vizekanzler von Papen von seinem Amt als Reichskommissar für das Land Preußen entbunden und ihm mit folgendem Telegramm seinen Dank für die in diesem Amte geleisteten Dienste ausgesprochen:

„Lieber Herr von Papen!

Ihrem Antrage um Entbindung von dem Amte des Reichskommissars für das Land Preußen habe ich soeben entsprochen. Es drängt mich, Ihnen bei dieser Gelegenheit namens des Reiches wie eigenen Namens aufrichtig für die großen Verdienste zu danken, die Sie sich durch die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen für die Durchsetzung des Gedankens einer einheitlichen politischen Führung in Reich und Ländern erworben haben. Daß nunmehr Ihre ganze Arbeitskraft der Reichsregierung zur Verfügung steht, begrüße ich mit Genugtuung.

Mit den besten Grüßen bin ich in treuer Kameradschaft

Ihr ergebener von Hindenburg, Reichspräsident."

Der neue Staatsrat

Zweidrittelmehrheit der NSDAP

Berlin, 12. April.

Die neuen preußischen Provinziallandtage haben ihre Arbeit aufgenommen und in der ersten Sitzung die Entscheidung über die Vertretung im Preußischen Staatsrat gefällt. Es wurden gewählt: in Ostpreußen fünf Nationalsozialisten; in Oberschlesien zwei Nationalsozialisten und ein Mitglied des Zentrums; in Niederschlesien vier Nationalsozialisten, ein Zentrumsabgeordneter und ein Sozialdemokrat; in Pommern drei Nationalsozialisten und ein Deutschnationaler; in Brandenburg drei Nationalsozialisten, ein Deutschnationaler und ein Sozialdemokrat; in Berlin fünf Nationalsozialisten; in Hohenzollern ein Nationalsozialist; in der Grenzmark Posen-Westpreußen zwei Nationalsozialisten und ein Mitglied des Zentrums; in Hessen-Nassau vier Nationalsozialisten und ein Zentrumsabgeordneter; in der Rheinprovinz acht Nationalsozialisten, fünf Zentrumsabgeordnete und ein Deutschnationaler.

Nach dieser Entscheidung der preußischen Provinzen wird der Preußische Staatsrat künftig statt 81 nur noch 80 Mitglieder umfassen, da sich der Anteil der Rheinprovinz von 15 auf 14 Mitglieder vermindert hat. Von diesen insgesamt 80 Mandaten entfallen auf die Nationalsozialisten 55, auf das Zentrum zwölf, auf die Sozialdemokraten acht und auf die Deutschnationalen fünf Sitze. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 54 Sitze, so daß die Nationalsozialisten damit über die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit allein verfügen.

Der neue Staatsrat wird voraussichtlich am 26. oder 27. April zum ersten Male zusammentreten. Anschließend daran dürfte der Preußische Landtag einberufen werden.

Deutsche Karwoche in Polen.

Die „Lotzer Freie Presse" vollkommen vernichtet.

Lodz, 11. April. Die „Lodzer Freie Presse" macht in einer Sonderausgabe Mitteilungen über die Verwüstungen, die von den Demonstranten in den Räumen des Blattes angerichtet wurden. Das Blatt sagt, die Karwoche habe für die Deutschen Polens eine neue Leidenszeit eingeleitet. Die Redaktion, Druckerei, Setzerei und Geschäftsstelle der „Freien Presse" sowie der Buchvertrieb des Verlages „Libertas" seien ein einziger großer Schutt- und Trümmerhaufen. Schreibtische, Schreibmaschinen, Maschinen, Schränke, Bücher usw. seien vernichtet und bilden auf dem Hof ein wüstes Durcheinander. Innerhalb einer Stunde sei am Palmsonntag von Unverantwortlichen das Ergebnis einer vierzehnjährigen schweren Arbeit vernichtet worden.

*

Demonstrationsverbot in Warschau. — Nach neuen Ausschreitungen in Graudenz und Posen.

Graudenz, 12. April.

Nach neuen deutschfeindlichen Ausschreitungen polnischer Hetzer in Graudenz und Posen hat man sich endlich in Warschau dazu entschlossen, eine neu angesetzte deutschfeindliche Demonstration der polnischen „Legion der Jungen" zu verbieten. Gleichzeitig wurden im Vereinslokal einer Studentenorganisation deutschfeindliche Plakate und Aufrufe, die zum Boykott deutscher Waren aufforderten, beschlagnahmt.

Ueber die Zwischenfälle in Graudenz und Posen wird berichtet: In Graudenz beschlagnahmten polnische Demonstrantentrupps bei den Zeitungshändlern die deutschen Zeitungen, um sie zu verbrennen. In einigen Fällen wurden auch Waren aus den Geschäften gestohlen! Außerdem wurden bei einigen deutschen Geschäften die Firmenschilder zerschlagen. Obwohl die Ausschreitungen sich lange hinzogen, erschien doch die Polizei erst nach Schluß der Ausschreitungen. Der deutschen Bevölkerung hat sich starke Erregung bemächtigt! — In Posen holten polnische Studenten und Jugendliche aus den Zeitungskiosken die deutschen Zeitschriften und Zeitungen heraus. Die Schriften wurden auf dem ehemaligen Wilhelmsplatz zu einem Scheiterhaufen aufgeschichtet und in Brand gesteckt. Während dieses Vorganges riefen Sprechchöre: „Fort mit den Deutschen!" Ferner wurde die versammelte Menge zum Boykott deutscher Waren, Firmen und Zeitungen aufgefordert.

Aehnliche Kundgebungen wie die in der Stadt Posen werden aus der überwiegenden Zahl der Städte und Dörfer der gesamten Provinz Posen gemeldet. Zu ernsteren Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Hitler Ende April in Rom?

Ueberreichung des französischen Abrüstungsmemorandums.

Rom, 12. April.

Ministerpräsident Mussolini empfing den französischen Botschafter de Jouvenel, der ihm das französische Abrüstungsmemorandum und ein Begleitschreiben mit den französischen Vorschlägen zum Viermächtepakt überreichte.

Nach einer Agenturmeldung dürften die von Mussolini angeregten weiteren Besprechungen über den Viererpakt wegen der Wallfahrten anläßlich des Heiligen Jahres nicht in Rom sondern in Venedig stattfinden. Vorher würde, so heißt es in der Meldung, Mussolini gern mit Hitler, Daladier, Titulescu, Benesch und Jeftitsch Fühlung nehmen. Demnächst würden an sie Einladungen, nach Rom zu kommen, ergehen.

Als Termin für einen Besuch des Reichskanzlers Hitler in Rom wird in der Presse bereits Ende April genannt.

Der Umbau des Beamtentums

Das Wohnungs-Kündigungsrecht der von dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffenen Personen.

Berlin, 12. April.

Im Reichsgesetzblatt wird ein von der Reichsregierung ausgefertigtes Gesetz über das Kündigungsrecht der Personen veröffentlicht, die durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffen werden.

Danach kann, wer nach den Vorschriften des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seine Bezüge ganz oder teilweise verliert, ein Mietverhältnis über Räume, die er für sich oder seine Familie gemietet hat, unter Einhaltung der gesetzlichen Frist kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den sie zulässig ist. Entgegengesetzte Vereinbarungen sind unwirksam.

Der Vermieter kann gegen die Kündigung Widerspruch erheben. Ueber den Widerspruch entscheidet das Amtsgericht. Die Kündigung ist für unwirksam zu erklären, wenn dem Mieter unter Berücksichtigung der Verhältnisse beider Teile die Fortsetzung des Mietsverhältnisses zugemutet werden kann. Der Widerspruch ist binnen zwei Wochen beim zuständigen Amtsgericht anzubringen. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluß; sie kann ohne mündliche Verhandlung ergehen. Gegen den Beschluß ist nur sofortige Beschwerde statthaft.

Der frühere preußische Innenminister Severing will sein Landtagsmandat zur Verfügung stellen und in Zukunft nur noch sein Reichstagsmandat ausüben.

Evangelische Akademikerkonferenz in Hannover.

Vor 2 Jahren war in Braunschweig zum ersten Male eine Konferenz der evangelischen Akademiker veranstaltet. Die Tagung hatte nicht nur einen äußerlich günstigen Verlauf aufzuweisen, sowohl was den Besuch als auch die Bedeutsamkeit von Rednern und Themen anlangte, sondern bedeutete insofern etwas Besonderes in der Geschichte des Protestantismus, als hier zum erstenmal die evangelische Akademikerschaft in einer gewissen Geschlossenheit vor die Oeffentlichkeit trat. Inzwischen ist die Auseinandersetzung mit religiösen und kirchlichen Fragen im Kreis der akademischen Welt nicht nur stetig fortgeschritten, sondern durch die Gewichtsverlagerung des öffentl. Lebens ins Weltanschauliche noch wesentlich gesteigert. Der religiöse Individualismus wird durch den Aufbruch eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins verdrängt, das christliche Dogma, bis vor kurzem noch von der blendenden Rationalität eines geschlossenen naturwissenschaftlichen Weltbildes überschattet, wird durch einen neu aufbrechenden Willen zur metaphysischen Vertiefung durch die Frage nach dem Wesen der Schöpfung und durch die Auseinandersetzung mit dem Problem der Sünde erneut zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion, und das Wesen der Kirche, im vergangenen Jahrzehnt teils nur kulturell, teils lediglich als politischer Faktor gewertet, wird heute im wachsenden Maße als Grundlage der Volksgemeinschaft erfaßt.

So darf von vornherein mit einem lebhaften Interesse für die zweite evangelische Akademikertagung in Hannover gerechnet werden, die von Ostermontag, dem 17. April, abends bis Mittwoch, dem 19. April, nachmittags währt. (Anmeldung und Auskunft bei der Geschäftsstelle der 2. Konferenz Evang. Akademiker Deutschlands, Landesjugendpastor Kayser, Hannover, Lutherhaus, Ebhardtstraße 3 A.) In Braunschweig hatte man sehr viele grundsätzliche Fragen, die das Verhältnis des evangelischen Akademikers zum öffentlichen Leben und zur Kirche betrafen, ausführlich verhandelt, und damit eine wichtige Auflockerung für die innere Haltung des Akademikers überhaupt geschaffen. Die Konferenz in Hannover baut hierauf planmäßig weiter und gibt den Auseinandersetzungen mit besonderen Gebieten der Lebens- oder Weltanschauung wesentlich weiteren Raum. Die Konferenz wird durch einen öffentlichen Abend, der auch besonders für die Gäste aus der Stadt Hannover gedacht ist, eingeleitet. Hier sprechen Landesbischof Rendtorff-Schwerin und Bergrat Teßmar-Saarbrücken über „Der evangelische Akademiker in Volk und Kirche". Vom Akademikertum handelt auch der erste Vortrag am Dienstag vormittag von Generalsuperintendent D. Zänker-Breslau, der über „Akademikertum in der Krisis" redet. Die beiden Hauptvorträge Dienstag abend über „Menschenführung im technischen Zeitalter" (Geheimrat Prof. D. Dr. Ing. Schlink oder Prof. Dr. Dingler-Darmstadt) und der dritte Hauptvortrag am Mittwoch vorm. „Reformation als politische Potenz" (Priv.-Dozent Dr. Craemer-Königsberg) wenden sich bereits den besonderen Gebieten des weltanschaulichen Lebens zu. Vor allem aber sollen die Einzelfragen dadurch zu ihrem Recht kommen, daß man acht Arbeitsgruppen vorgesehen hat, in denen medizinische, rassehygienische, politische, wirtschaftliche, erzieherische, juristische und Fragen der Kunst eine dem Sinn der Tagung entsprechende Behandlung erfahren. Diese Gliederung der Konferenz in Hauptvorträge und Arbeitsgruppen verspricht nicht nur Reichhaltigkeit, sondern auch Berücksichtigung vielfacher Sonderinteressen der Teilnehmer. Die Morgenfeiern am Dienstag und Mittwoch werden vom Landesbischof der Hannoverschen Landeskirche Abt D. Marahrens gehalten.

Den Vorsitz der ganzen Konferenz führt Prof. Dr. D. Schmidt-Japing-Bonn.

Der Besuch der Akademikerkonferenz wird dadurch erleichtert, daß sie innerhalb der Geltungsdauer der verbilligten Osterkarten liegt. Außerdem ist der Tagungsbeitrag (4,— RM, Studenten und Familienglieder 1,— RM) sehr niedrig gehalten, für Freiquartiere ist nach Möglichkeit Sorge getragen, so daß die Teilnahme weitesten Kreisen und auf weite Entfernungen hin trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sein wird. Lic. Grimm.

Das große Aufräumen

Die Säuberungsaktion beim Hauptverband Deutscher Krankenkassen.

Berlin, 12. April.

Der Beauftragte des Reichsarbeitsministers als kommissarischer Leiter des früheren marxistischen Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister in die Verhältnisse und Zustände dieses rund 12 Millionen Versicherte umfassenden Krankenkassenverbandes tief eingegriffen. Alle Vorstände des Hauptverbandes selbst und seiner sämtlichen Unterverbände sind abgesetzt, und allen Verbandsbeamten ist zum nächst zulässigen Termin gekündigt worden. Nur diejenigen Verbandsbeamten werden im Dienste bleiben, die befähigt sind und die Gewähr dafür bieten, daß sie im Interesse des heutigen Staates sich betätigen.

Der Beauftragte des Reichsarbeitsministeriums hat eine Reihe von größeren Sparmaßnahmen ergriffen, die sich auch darin äußern werden, daß alle Einrichtungen und Unternehmungen, die mit den eigentlichen Verbandsaufgaben nichts zu tun haben, beseitigt werden. Die Reichstreuhand-Gesellschaft ist zur Zeit dabei, die Verhältnisse bei der Heilmittel-Gesellschaft, die schon zu erheblichen Anständen Anlaß gaben, zu untersuchen und zu klären.

Dabei ist man auf eine Reihe von Verschachtelungen gestoßen, die zum Teil nicht leicht zu entwirren sind.

Die Verträge mit einer Buchdruckereifirma, deren Inhaber sich in Schutzhaft befindet, sind gelöst worden Es wird auch die Frage untersucht, ob die Verlagsgesellschaft, die sich der

Hauptverband ebenfalls zugelegt hatte, nicht zur Auflösung oder Ausscheidung gebracht werden soll. Weiterhin gibt der Stand der Allgemeinen Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen Anlaß zu ernsten Besorgnissen, da das seitherige und unmögliche Umlageverfahren in aller Eile in ein Kapitaldeckungsverfahren übergeführt werden muß. Die Gleichschaltung mit Reich, Staat und den übrigen öffentlichen Körperschaften verlangt, daß auch die Vertretung des Hauptverbandes bei Prüfungsämtern und Arbeitsgemeinschaften mit Versicherungsträgern eine Umbesetzung erfährt. Die notwendigen Schritte sind auch hier bereits eingeleitet.

Zu einer befriedigenden Neugestaltung des Verhältnisses zu den Aerzten, Zahnärzten, Dentisten und Apothekern sind von dem Beauftragten in Verbindung mit den übrigen kleineren Krankenkassenspitzenverbänden Verhandlungen angebahnt. Die Zugehörigkeit zur internationalen Krankenkassenvereinigung wurde mit sofortiger Wirkung gekündigt, dagegen mit den übrigen deutschen Krankenkassenspitzenverbänden der seitherige Kriegszustand beendigt und mit ihnen eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen.

Hugenberg zum Fall Oberfohren

Berlin, 12. April.

In der deutschnationalen Fraktionssitzung im Reichstag ging Reichsminister Dr. Hugenberg erstmals auf die Mandatsniederlegung Dr. Oberfohrens ein. Minister Hugenberg erklärte zunächst, Dr. Oberfohren sei innerlich mit der am 30. Januar eingeleiteten Politik nicht einverstanden gewesen.

Später habe dann die zuständige preußische Behörde ohne seine und seiner Ministerien Kenntnis eine Haussuchung bei der Berliner Sekretärin von Dr. Oberfohren vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit habe letztere eine eidesstattliche Aussage gemacht, daß zwei bei ihr gefundene, gegen den Parteivorsitzenden gerichtete anonyme Rundschreiben von Dr. Oberfohren diktiert und auf seine Anordnung von ihr zum Versand gebracht worden seien. Er, Dr. Hugenberg, sei von der Aussage in Kenntnis gesetzt worden. Einen Tag später habe er die Nachricht erhalten, daß auch bei Dr. Oberfohren selbst eine Haussuchung stattgefunden habe.

Ausländische Wanderarbeiter nicht mehr zugelassen. Der Reichsrat hat einem Antrag des Reichsarbeitsministers zugestimmt, wonach bis auf weiteres ausländische Wanderarbeiter nicht mehr zugelassen werden. Ausgenommen davon sind Ausländer mit Befreiungsscheinen oder solche, denen die Beschäftigungsgenehmigung auf Grund der Gegenseitigkeit gewährt werden muß.

Wer wirbt für den „Aufwärts?"

Aus dem Kreis der Leserschaft des „Aufwärts" werden wir immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Leser unseres Blattes die Aufgabe hätten, mehr für die weitere Verbreitung des Blattes zu tun und daß sich die Werbearbeit für den „Aufwärts" auch noch immer lohne. Es wurde nun der Wunsch geäußert, wir möchten ein kleines Werbeblättchen herstellen, das sich leicht in der Tasche oder in der Brieftasche mitführen lasse, um es bei jeder Gelegenheit zur Hand zu haben. Dieses Blättchen ist nun jetzt vorrätig und kann von der Geschäftsstelle des Aufwärts in jeder Anzahl bestellt werden. Wir bitten nun recht dringend und herzlich, von dieser Werbegelegenheit Gebrauch zu machen und mitzuhelfen, daß der „Aufwärts" noch in manches deutsche Haus einkehrt. Für diejenigen, die seit seiner Gründung Leser des „Aufwärts" sind, wird es ja eine besondere Freude sein, daß nun die politische Entwicklung die Wendung genommen hat, für die unser Blatt seit 1½ Jahrzehnten kämpfte. Es wäre unser herzlichster Wunsch, wenn der beginnende Frühling und Sommer keine Abnahme, sondern eine bedeutende Zunahme der Bezieherzahl brächte.

Eisenbahnunglück in Kolumbien.

18 Tote, 100 Verletzte.

Bogota, 11. April. Auf der Strecke Bogota—Tunja entgleiste in der Nähe von Ventaquemuda im Staate Boyaca ein gemischter Eisenbahnzug. Vier Personenwagen dritter Klasse wurden ineinandergeschoben. Bisher wurden 18 Tote geborgen. Die Zahl der Verletzten beträgt etwa 100. Zahlreiche Rettungsmannschaften sind an der Unfallstelle tätig. Die Regierung hat eine Untersuchung über die Ursachen des Unglücks eingeleitet. Die Bahn wurde seinerzeit von Belgiern erbaut. Es handelt sich um die größte Eisenbahnkatastrophe, von der Columbien bisher heimgesucht wurde.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hat seine Bindungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund gelöst.

Neue deutsche Theaterbewegung

Eine Erklärung des Kampfbundes für Deutsche Kultur.

Berlin, 12. April.

Zwischen dem Vorstand des Bühnenvolksbundes und dem Vertreter des Kampfbundes für deutsche Kultur, Staatskommissar Hinkel, ist eine Vereinbarung getroffen worden, in der es heißt:

Bühnenvolksbund und Kampfbund schließen sich auf der Grundlage und in Anerkennung der bisher vom Bühnenvolksbund geleisteten Theater- und Volksbildungsarbeit und der vom Kampfbund vertretenen Theaterbestrebungen zu einer einheitlichen nationalen und christlichen Theaterbewegung zusammen. Der neue Vorstand wird gemeinsam vom Bühnenvolksbund und Kampfbund gebildet. Hans Hinkel, Kommissar z. b. V. im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, wurde der Vorsitz angeboten.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Gründonnerstag: 17 Uhr: Sarepta, Beichte und Abendmahl, Pastor Wilmanns; 19½ Uhr: Zion, Passionsgottesdienst, anschließend Beichte, Pastor Bischoff.

Karfreitag: Passionsgottesdienste: 8½ Uhr: Pastor von Bodelschwingh; 9 Uhr: Pastor Merz, anschließend Abendmahl; 10 Uhr: Pastor Wilmanns, anschließend Abendmahl; 16½ Uhr: Sarepta, Beichte und Abendmahl, insbesondere für Alte und Gebrechliche der Gemeinde, Pastor Wilmanns; 17 Uhr: Zion, liturgische Feierstunde.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

1. Ostertag: 5 Uhr Morgenwanderung vom Heim aus. Anschließend Frühgottesdienst in der Zionskirche.
2. Ostertag: Tagesausflug nach Detmold. Abmarsch **pünktlich** 4,45 Uhr vom Telefonhaus (Sonntagskarte bis Ehlenbruch).

— In dieser Woche fällt die Blaukreuzstunde aus.

— **Jagdhund** entlaufen. Mitteilungen an das Amt Gadderbaum (Telephon 2880).

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Jung. Mädchen
gesucht für landwirtschaftl. Betrieb bei Familienanschluß, schlicht um schlicht. Sie kann auch kochen lernen. — **Frau E. Luitjens, Lützow, Schwerin Land in Mecklenburg.**

Evangel. Kinder
verwaist od. aus anderem Grunde, finden liebevolle ernste Betreuung bei einem **Rektor i. R.** Anfragen unter W. K. 933 durch die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Kinnerhüsing Hessen
Ostseebad Prerow, Darß, Pom. Erholungsheim für Kinder. Kosten täglich 2—3 Mk., Gruppen weniger.
Glänzende Erfolge seit 8 Jahren.

Freude ins Haus
bringt ein **Photo-Apparat!**
Photo-Arbeiten — Qualitäts-Ausführung
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Ihren Oster-Einkauf
von Kleidung, Stoffen, Wäsche, Gardinen usw. machen Sie ganz besonders preiswert bei
Buddeberg
Bielefeld Niedernstraße 5—9

Das Hasliberghaus Goldern
Evang. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, ladet Erholungs- und Stärkungsbedürftige zum Besuche ein. Es bietet bei bescheidenen Preisen sorgfältige Verpflegung (auch Diät) in traulicher Hausgemeinschaft. Sonnen- und Quellbad. Illustrierter Prospekt v. Hausvater Dr. Rud. Burckhardt, Pfr.

Der schönste und modernste
Blumenschmuck
für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberb. **Gebirgs-Hängenelken**
Versand überallhin. Preisliste gratis und franko.
A. Gnadl, Versandgärtnerei, Trudering 461 (Oberb.)

Anzeigen aus Bethel.

Unser Laden ist am Gründonnerstag und Ostersonnabend von 7—14 Uhr durchgehend geöffnet. **Schlachthof.**

— Unser Verkaufsraum ist am Gründonnerstag von ½8 bis 12 Uhr und von 1 bis 4 Uhr; Ostersonnabend von ½8 bis 12½ Uhr und von 1 bis 3 Uhr geöffnet.

Bäckerei.

Unsere Verkaufsräume sind am Gründonnerstag sowie Ostersonnabend von 8 bis 14 Uhr durchgehend geöffnet.

Sämtliche Bestellungen für Karfreitag erbitten wir bis Mittwoch mittag, und für die Ostertage bis Donnerstag mittag. Die für die Ostertage aufgegebenen Waren werden Sonnabend vormittag geliefert.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Hospize und Heime

Berlin

Berlin N. 24, Hotel Christl. Hospiz, 75 Zimmer, 120 Betten. Nähe der Bahnhöfe Friedrichstraße, Stettiner und Lehrter. Untergrundbahn Oranienburger Tor. Auguststraße 82. Telefon Norden 997.

Hamburg

Hamburg, Rautenbergstr. 11: **Hospiz der evang.-luth. Auswanderermission f. Stadtbesucher u. Ueberseereisende.** 3 Min. v. Hauptbahnh. zwisch. Holsdamm u. St. Georgskirche. Zentralheizung. Fließ. Wasser. Bäder. Angenehme Aufenthaltsräume. Billige [illegible] Gemütl. Gesellsch. v. Tanz-, Lesezimmer. 16 Z. 38 B., Bett von 1.50 RM an. Fernr. 24 07 02. Leit.: Diakon Ludw. Helmers.

[illegible] horster Hof, Osterbeckstr. 4. Moderne Zimmer, fließ. Wasser. Solide Preise. Ab Hauptbhf. mit Linie 18 u. 25 bis Haltestelle Schillerstr. Tel. B 2, 5476.

Solling

Erholungsheim im Solling b. Dassel, Krs. Einbeck, Weserbergland. Höhenlage inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder, Licht-, Luft- u. Sonnenbäder, Zentralheizg., elektr. Licht. Andachten und Bibelstunden. Prospekte kostenlos.

Westdeutschland

Westerwaldheim-Allenkirchen, Westerwald. Erholungsheim des Ev. Verbandes für die weibliche Jugend. Nimmt Frauen und Mädchen zu mäßigen Preisen auf. Das ganze Jahr geöffnet, herrliche Lage im Tannenwald 300 Meter hoch. — Anfragen an die Leiterin.

Lippe

Bad Salzuflen. Christl. Erholungsheim „Bergfriede". Eigentum des Diakonenhauses Nazareth, Bethel. Mäßige Preise, für Berufsarbeiter der Innern Mission besondere Ermäßigung. Hausvater Schneider, Salzuflen (Lippe), „Bergfriede".

Harz

Haus Bergblick, Luftkurort Ilsenburg, freundl., ruhiges, sonniges Heim im Harz unterhalb des Brockens. Behagl. einger. Zimmer mit und ohne Pension. Mäßige Preise. Ausk. Auskunft erteilt **Tabea Sprick** (vorm. Frau Pastor M. Sprick).

Luftkurort Ilsenburg i. Harz. Hotel und Erholungsheim „Zum weißen Roß!" Ruhiges Haus. Preisw. Familienpension. Jg. Mädchen finden gute Erholung bei Teilnahme an meinen Kochkursen. Pension nach Uebereinkunft. Bes. Anna Ackermann.

Braunlage (Oberharz), Haus Klavehn 620 m hoch, kl. behagl. Fremdenheim, sonnigste ruh. Lage, unmittelbar am Hochwald mit gr. Liegewiese. Mod. Zimmer, fließ. Wasser, Bad. — Bett 1.75—2.50 Mk., tägl. Pension von 6.— Mk. an. Vorsaison Ermäßigung.

Braunlage (Oberharz) „Haus Agnes" kl. behagl. Fremdenheim mit schönem Garten, ruhige Lage, nahe dem Walde und Kurpark. Gute reichliche Verpflegung. Pensionspreis täglich 5,— bis 6,— Mk.
Besitzerin Agnes Gieseler.

Christl. Erholungsheim Stolberg Südharz, umgeb. v. meilenweitem Hochwalde, sonnig in eigenem Park gelegen, ruhig, comfort. Haus. Sehr schöne Räume. Zentralhzg. Andachten. Beste Verpfleg. a. W. Diät. Liegekur. Billigste Preise.

Evangel. Erholungsheim „Haus Hagental", Gernrode (Harz), mitten in schönster Harzlage. Große, freundliche und gut eingerichtete Zimmer. Billige Preise. Volle Pension von 4.50 Mk. an. Prospekte durch die Leitung.

Haus Berghalde in Wernigerode, Vollhasental 8, in schönster Lage, direkt am Walde, nimmt alleinstehende Damen mit und ohne Kinder, auch Erholungsbedürftige, bei mäß. Preisen auf. Gute Verpflegung. Christliches Haus.

Rhein

Düsseldorf. Christl. Hospiz „Neanderhaus", Scheurenstr. 8—10, 4 Min. v. Hauptbahnhof. Fernruf 1364. Bekanntes, ruhiges Haus. Mäßige Preise.

Braubach am Rhein. Erholungsheim „Haus Friedrich", christl. Haus in schöner, staubfreier Lage; 3 Min. v. Tannenwald mit herrlichem Rheinpanorama, eines der schönsten am Rhein. Veranda, Terrasse u. Ruhehalle mit Liegestühlen; altbek. vorzügl. Verpflegung. Reine Obst- u. Traubensäfte. Auf Wunsch Diätküche. Herrl. Ausflüge in die waldreiche Umgebung. Tagespreis RM 3,80 bis 4,50 einschl. Bedienung. Werbeschrift frei. Telefon 234.
Bes. A. Friedrich u. Frau.

In **Bad Kreuznach** bietet das Evangel. Jugend- u. Erholungshaus „Daheim" Frauen u. Mädchen, die sich erholen u. Solbäder gebrauchen wollen, angenehmen Aufenthalt bei ermäßigten Preisen von 3,50 Mk. an. Das Haus ist der Neuzeit entsprechend eingerichtet, hat fließendes Wasser, einen ruhigen, sonnigen Garten und Liegehallen. — Ab 1. September 1931 sind neben den kurfristigen Erholungsgästen auch sogen. Dauergäste zu mehrmonatlichem Aufenthalt willkommen. Der Monatspreis bei einem Mindestaufenthalt von zwei Monaten ist von 90 Mk. an. Das Haus wird von Diakonissen geleitet. Anfragen richte man an die leitende Schwester, Bad Kreuznach, Gustav-Pfarriusstr. 4.

Braubach am Rhein, Christliches Erholungsheim in schönster Rheingegend. Freundliche Zimmer, teilweise mit fließ. Wasser u. Aussicht auf Burg und Rhein. Großer, schattiger Garten mit Liegewiese, anschließend Weinberg. Tägliche Andacht. Gute Verpflegung. Mäßige Preise. Prospekte durch Prediger Göttert (Tel. 251).

Koblenz. Christl. Hospiz. Freie schöne Lage, 7 Min. v. Hauptbhf. Terrasse, Bäder. Elektr. Licht. Zentralheizung. 40 Zimmer, 50 Betten. Gute Küche, ff. Getränke.

Orsoy (Niederrhein). Heimvolkshochschule f. j. Mädchen u. 18 J. Einjähr. Lehrgang. Ziel: Charakterbildung auf christlicher und deutscher Grundlage. Neben wissenschaftlichem Unterricht auch hauswirtschaftlicher mit Praxis.

Caub a. Rh., Haus Elsenburg, Erholungsheim d. Westd. Jungmännerbundes. Prachtvolle Lage. Freundl. Zimmer, gute Verpflegung, mäßige Preise. Das ganze Jahr für jedermann geöffnet. Werbeschrift sendet Ferd. Hinnenberg.

Ruhr

Haus Friede, Christl. Erholungsheim Bredenscheid bei Hattingen (Ruhr.) 1925 erbautes, neuz. eingerichtetes Haus m. gr. eigener Landwirtschaft. Tägl. Ard. Tagespreis 3,50 u. 4,— Mark. Prosp. und Meld. durch die Hausleitung.

Bodensee

Christliches Erholungsheim, Ueberlingen am Bodensee, St. Ulrichstr. 38. Ruhige sonnige Lage in nächster Seenähe mit herrlichem See- u. Alpenblick. Ermäßigte Preise. Andachten. Prospekte.

Nordsee

Nordseebad Norderney. Erholungsuchende finden im „Haus Silbermöve" in nächster Nähe des Warm-Wellenschwimmbades, des Kurgartens und des Westbadestrandes jederzeit freundliche Aufnahme und vorzügliche Verpflegung. Preis laut Vereinbarung.
Auskunft: Prediger Geiken.

Nordseebad Langeoog, „Tongers Familienheim", ruhig gelegen, bietet Erholungssuchenden Wohnung mit voller seegemäß kräftiger Verpflegung zu mäßigen Preisen. Auf Wunsch Hausprospekt. Hausordnung nach christlicher Lebensauffassung.

Thüringen

Tambach-Dietharz, Thür. Wald. **Haus Fürstenblick.** Staubfreie ruhige Lage — nahe dem Wald — gr. Garten, Liegewiesen (Schwimmbad am Ort. Anerkannt gute Verpflegung, mäßige Preise. Fernr. 42. Fr. L. Jacobskötter

Hospiz „Haus Hainstein", Eisenach. Herrliche Lage, eigener Waldpark, Wartburgblick; besonders für längeren Aufenthalt geeignet. Teilnahme an den Andachten und Feierstunden des Jugendwerkes erwünscht. Gute Zimmer mit einfacher, gesunder Verpflegung (4 Mahlzeiten) Reichhaltiges Lesezimmer. D. Paul Le Seur.

Schleswig-Holstein

Das kleine christliche Erholungsheim Waldfrieden in Rosdorf bei Kellinghusen (Mittelholstein) in stiller, waldreicher Gegend, vermietet Zimmer an Sommergäste ohne Verpflegung. Preis je Bett u. Person 0,80 bis 1,— RM. Auf Wunsch Küchenbenutzung, sonst Mittagstisch 2 Min v. Hause. —
Auch werden 3—4 Räume im 1. Stock, evt. z. T. möbliert, **dauernd** abgegeben. Küche kann eingerichtet werden. Wasser auf gleichem Flur. Elektr. Licht, Balkon, Fernsicht, schöner Garten, evtl. Gemüseland. Liegt sehr schön. Wald 2 Min. v. H. Preis (ohne Möbel): 25—35 RM.
Frau Heinr. Dallmeyer.

Ostpreußen

Neuhäuser (Ostpr.). Kaiserin-Auguste-Viktoria-Heim. Evang. Kurhaus a. der Ostsee. Wundervoller Strand. Herrl. Wald. Schöne Spaziergänge. Großer Park. Gute Pension 3,50 b. 5,— Mk., je nach der Jahreszeit. Jahrüber geöffnet. (Inh. Evang. Frauenhilfe.)

Schwarzwald

Christlich. Kurheim Haus Gottestreue Badenweiler in schönster Gegend des südl. Schwarzwaldes bietet Müden und Erholungsbedürftigen bei bester Verpflegung zu denkbar mäßigem Preis idealen, stärkenden Aufenthalt. Anfragen an Schwester Elli.

Kurhaus Palmenwald Freudenstadt 750 m. Christliche Hausordnung. In schönster Lage Freudenstadts. Ruhiges, mit allen Bequemlichkeiten ausgestattetes Haus. Liegehalle. Lift. Sorgfältige Verpflegung. Mäßige Preise. Prospekte durch die Verwaltung. Leiter: Pfarrer Stiefenhofer.

Bayern

Oberbayern, Station Frasdorf, Gebirgsort am Fuße der Hochries. Schöne Bergtouren im Sommer und Winter, vielbesuchtes Skigebiet, billige Ski-Kurse. Sonderzüge ab München, Autobus: Rosenheim—Ginnertig—Frasdorf—Aschau—Tirol. Pension Landhaus Ginnerting, Frasdorf. Sonnigste Lage, herrl. Blick auf die Gipfel. Südbalkonzimmer mit Verpflegung komplett, 8 Tage Mk. 25. Anfragen erbeten mit Rückpostkarte.

Nürnberg. Horeskahaus Sterntorhofpiz. 3 Minuten links vom Bahnhof. 2,50 Mk. an.

Nürnberg. Obstmarkt · Fünferplatz. Alkoholfreie Gaststätte zur Krone. Kalte und warme Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.

Christl. Erholungsheim Rhönhäuschen. Bahnstation: Zeitlofs-Unterfranken (Lokalbahn Jossa — Bad Brückenau), bietet für 3,50 und 10% 4 gute und reichliche Mahlzeiten, fröhliche Geselligkeit, Liegekuren in staubfreier, kräftiger Luft, herrliche Rhönwanderungen, Brunnenkuren, Gelegenheit zu Badekuren im nahegelegenen Bad Brückenau. Auskunft durch die Vorsteherin: Gräfin Schulenburg, Zeitlofs - Unterfranken. Empfohlen durch Pastor Hölzel.

Riesen-Gebirge

Wölfelsgrund. Glatzer Schneegebirge, Deutsch-christl. Touristenheim Höheiz im Bergwald an einem Fußweg gelegen, für kürz. und läng. Aufenthalt geeignet. Nachtl. v. 1.50 Mk. an. Frühstück 75 Pf. Charlotte v. Radecke.

Ausland

London. Deutsches Christliches Hospiz, Westgate House 28/29 Bedford Place, London W. C. 1 — Zentral gelegen. Zwei Minuten vom Brit. Museum. Fließ. warmes u. kaltes Wasser in allen Zimmern. — Deutsche Küche. Frühstück, Lunch, Tee. Abendessen. Telephon: Museum 4253. Telegr.: Comandsee London.

Beilage des Aufwärts

Nr. 88. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld). Donnerstag, den 13. April 1933. | 15. Jahrgang.

Um die deutsche Schule

Bemerkungen zu der Bitte an die deutschen Kirchenregierungen.

Von Verbandsdirektor Grünweller, Gladbach-Rheydt.

1. Als berufener Vertreter des „Reichsverbandes Deutscher evangelischer Schulgemeinden" fühle ich mich veranlaßt und verpflichtet, zu dem Artikel des Herrn Lic. Thimme grundsätzlich Stellung zu nehmen. Mit Recht betont Herr Th., daß die Kirche Christi auf ewigem Grund erbaut sei, den auch der Ansturm der Hölle nicht erschüttern könne. Daraus ergibt sich die logische Folgerung, daß auch unsere evangelischen Kirchen, mag es sich um Volks- oder Freikirchen handeln, nur insofern organische Glieder der Kirche Christi sind, als sie erbauet sind und unerschütterlich feststehen auf dem Grunde der Apostel und Propheten, da Jesus Christus, der eingeborene Sohn Gottes, der Versöhner und Erlöser der von Gott abgefallenen Welt, der Eckstein ist, „der Grund, der unbeweglich steht, wenn Erd' und Himmel untergeht". Das ist der Grund, auf dem auch unsere großen Reformatoren standen, und das bekenntnismäßige Fundament auch unserer altpreußischen ev. Landeskirche, mit dem sie als bekenntnismäßiges Glied der einen, heiligen, allgemeinen Kirche Christi steht und fällt und ohne den sie nur als Organ des Kulturprotestantismus noch vegetieren kann.

2. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Kirchen der Reformation und ihre Gläubigen nach Weisung ihres Herrn auf Grund und im Sinne der Hl. Schrift dem Kaiser (Staat) geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist, daß sie untertan sind der weltlichen Obrigkeit (Römer 13, 1), aber, wenn es hart gegen hart geht, nach dem apostolischen Grundsatz: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen" (Apg. 5, 29). Diesem Grundsatz getreu sind die christlichen Blutzeugen aller Zeiten in den Tod gegangen. Es ist bekannt, daß die größten Gottesmänner der Heilsgeschichte mit heißer Liebe ihrem Volke ergeben waren. Dasselbe gilt von unserm großen Reformator Dr. Martin Luther und andern Glaubensmännern wie Wichern und Vater Bodelschwingh, wie auch von unsern großen christlichen Staatsmännern Freiherrn vom Stein und Bismarck, die nicht christliche Parteipolitik, sondern wahrhaft christlich-nationale Staatspolitik getrieben haben, zu der sich auch unsere gegenwärtige Staatsregierung bekennt.

Aber nun zu dem, was Lic. Th. zu seinem Artikel veranlaßt hat: „Worum es mir heute geht, ist eine ganz spezielle, aber deswegen nicht weniger wichtige Angelegenheit. Es ist die Frage der religiösen Erziehung des Volkes, mit andern Worten die Schulfrage."

3. Also Herr Th. prophezeit, daß wir noch vor Ablauf eines Jahres „das neue Reichsschulgesetz haben würden. Wir werden ja sehen und wollen gern das Beste hoffen, aber nicht im Sinne des Herrn Thimme, der in seinen Behauptungen das Bewußtsein einer unfehlbaren Sicherheit bekundet, die vielleicht doch nicht ganz am Platze ist, besonders wenn er sagt: „Dabei ist jedoch eines unstreitbar. Im neuen Deutschland ist für eine konfessionelle Schule kein Platz mehr." — „Was wir bekommen ist die christlich-deutsche oder vielleicht auch deutsch-christliche Schule, die der bisherigen Simultanschule verwandt ist." Beweise für seine Vermutungen hat Herr Th. nicht erbracht. Ich wüßte nicht den geringsten vernünftigen Grund anzugeben, warum im neuen Deutschland für eine konfessionelle Schule kein Platz mehr sein sollte, es sei denn, daß auch die konfessionelle Kirche fallen sollte, denn es ist doch unbestreitbar, daß die konfessionelle Schule geschichtlich und wesenhaft in der Bekenntniskirche wurzelt und daß eine organische Verbindung zwischen beiden besteht, die sie zu gegenseitigem, auf Treu und Glauben beruhenden Hilfsdienst zur Förderung christlicher Jugend- und Volkserziehung in Gemeinschaft mit der evangelischen Familie verpflichtet. Die evangelische Kirche, von der hier die Rede ist, soweit sie mehr sein will als eine christlich verbrämte Kulturgenossenschaft, würde sich selber den größten Schaden zufügen, wenn sie ihre Hand dazu bieten würde, die Bekenntnisschule zu beseitigen. Wenn Herr Th. eine Art „Simultanschule" fordert, so müßte er folgerichtig zunächst die Bekenntniskirchen als Ursache und Daseinsgrund der Bekenntnisschule preisgeben und ihre Verwandlung in Simultankirchen fordern, dann wäre auch die konfessionelle Spaltung unseres Volkes ja mit einem Schlage wenigstens äußerlich beseitigt, wie man es im Zeitalter der Aufklärung hier und da versucht hat. Herr Th. möge einmal sein Glück bei den maßgebenden Organen der römisch-katholischen Kirche versuchen, die bekanntlich ihre Gläubigen ausdrücklich durch Kirchengebot zur Bekenntnisschule verpflichtet und den Besuch der „neutralen" und gemischten Schule verbietet, was nicht ausschließt, daß sie ausnahmsweise derartige Schulen „toleriert", wenn sie sich brutaler Gewalt beugen muß oder wenn sie ihre vitalen Belange genügend gewahrt sieht. Ich möchte glauben, daß unsere nationale Regierung nicht daran denken wird, der konfessionellen Schule durch Staatsgewalt das Todesurteil zu sprechen, das sie wahrlich nicht verdient hat, und dadurch die bekenntnistreue Elternschaft in einen schweren Gewissenskonflikt zu bringen und einen Kulturkampf zu entfachen zur Freude unserer inneren und äußeren Feinde.

4. Herr Th. setzt sich also für eine Art christlich-deutscher oder deutsch-christlicher Simultanschule ein. Wie er sich ihr Christentum denkt, hat er leider nicht gesagt. Aber da er den konfessionellen Charakter dieser Schule ablehnt, kann es sich nur um ein „konfessionsloses" Christentum handeln, das wohl als Grundlage der nationalen Volksgemeinschaft gedacht ist. Aber nach der Kirchenspaltung, die sich nach wesensverschiedenen Grundtypen christlicher Heilserkenntnis, Dogmatik, Ethik und Kirchengestaltung vollzogen hat, kann bei denen, die aus voller Ueberzeugung im einen oder andern Lager stehen, von einem konfessionslosen Christentum nicht mehr die Rede sein. Sie können und müssen sich zwar als Christen, die sich zu demselben Herrn und Heiland bekennen, in Liebe gegenseitig dulden und tragen, aber sie sind und bleiben nach ihrer Grundeinstellung evangelische oder katholische Christen. Es gibt ebensowenig ernste Christenleute, die wesenhaft weder evangelisch noch katholisch sind, als es Bäume schlechthin gibt, die weder Eichen noch Buchen, noch Tannen, noch Apfel- oder Birnbäume usw. sind. Ein Christ als „Ding an sich" ohne konfessionelle Sonderart ist jetzt ebensowenig möglich wie ein Baum ohne besondere Art. Und es scheint mir ausgeschlossen, daß der Reichskanzler, der wiederholt nachdrücklich betont hat, daß er Staatsmann und kein religiöser Reformator sei, seine Hand dazu bietet, daß unsere Jugenderziehung in einer Art deutsch-christlicher Simultanschule auf ein blut- und kraftloses, schemenhaftes, undefinierbares „Christentum" gegründet werde. Auf dieser Grundlage ist eine sittliche Wiedergeburt und wahre Volksgemeinschaft bestimmt nicht möglich.

Daß auch der neue Herr im preußischen Kultusministerium, Herr Dr. Rust, nicht anders denkt, glaube ich daraus schließen zu dürfen, daß er in der bedeutsamen programmatischen Ansprache bei der Uebernahme seines Amtes als Staatskommissar den „Verdacht kulturkämpferischer Neigungen" entschieden abgelehnt hat, und daß er darum nicht die geringste Neigung verspüren wird, die konfessionelle Schule beseitigen zu helfen, um das christlich-nationale Schulwesen auf blauen Dunst zu gründen.

5. Herr Lic. Thimme will über die Absichten der nationalen Regierung mit Bezug auf die Schulfrage genau unterrichtet sein, insbesondere darüber, daß sie unter Beseitigung der konfessionellen Schule bereit ist, den gesamten Religionsunterricht den christlichen Kirchen zu übergeben. „Wir glauben, daß die gegenwärtige Regierung sich damit den Dank des ganzen Volkes verdient. Denn welche Chancen sind hierdurch den Kirchen, speziell der evangelischen Kirche gegeben! Die religiöse Erziehung des gesamten Volkes ist in die Hände der Kirche gelegt. Noch einmal eröffnet sich die Aussicht einer wahren Volkskirche. Werden die christlichen Kirchen die ihnen gebotene Gelegenheit benutzen? Gewiß, Herr Th. als ein bekannter Vorkämpfer der Simultanschulidee und auch die Freunde der weltlichen Schule würden sich über die Beseitigung der konfessionellen Schule und die Ueberlassung des Religionsunterrichts der Schule an die „Kirche" von Herzen freuen. Das ist es ja, was der liberalistisch-marxistische Deutsche Lehrerverein, von je her der schärfste Gegner der konfessionellen Schule, programmatisch erstrebt. Es ist bekannt, daß dieser Verein auf einer imponierenden Vertreterversammlung nach einer fulminanten Rede des Herrn J. Tews unter stürmischem Beifall den Vernichtungskampf gegen die Bekenntnisschule bis ins kleinste Dorf hinein beschloß und zu diesem Zweck einen „Kriegsschatz" von einer halben Million Mark bewilligte. Das Geld ist wohl ohne Zweifel verpulvert worden, aber von einem Erfolg ist nichts zu merken gewesen, weil jedenfalls unser bewußt christlich-deutsches Volk diese Art „Kulturkampf" im Sinne und für Zwecke des weltanschaulichen Liberalismus und Marxismus entschieden ablehnt. Auch heute noch steht dieses Volk im schärfsten Gegensatz zu dem liberalistisch-marxistischen Lager des verflossenen Regierungs- und Kultursystems, das es aber, weil es die Bundesgenossenschaft des politischen Katholizismus nicht entbehren konnte, nicht wagen durfte, äußerlich den Bestand der Bekenntnisschule anzutasten, wenn es auch, wenigstens soweit es sich um die evangelische Schule handelt, durch seine Organe den Geist des Bekenntnisses nach Möglichkeit auf dem Wege der Lehrerbildung, Schulaufsicht und Schulverwaltung zu dämpfen und zu bekämpfen suchte.

6. Ich stehe immer wieder vor der Rätselfrage, wie es möglich ist, daß verordnete Diener der evangelischen Kirche sich so äußern und verhalten, als wenn die evangelische Kirche im wesentlichen nur aus dem Kirchenregiment und den Pastoren bestände. Das wäre also eine Art römisch-protestantischer Kirchenverfassung mit dem Anspruch: „Roma lokuta, causa finita." Das evangelische Kirchen- und Schulvolk hätte dann freilich immer noch die Ehre, seine Kirchensteuern zu bezahlen, es im übrigen aber der amtlichen Kirche, d. h. den deutschen Kirchenregierungen überlassen, unmittelbar mit der maßgebenden Staatsbehörde die Schulfrage unter Ausschaltung der evangelischen Eltern- und Lehrerschaft und auch der evangelischen Freikirchen kurzer Hand von oben herab so zu regeln, daß die „Kirche" den gesamten Religionsunterricht und die religiöse Erziehung des gesamten Volkes übernimmt. Und das soll der Weg zu einer „wahren Volkskirche" sein, in der das Volk über Religionsunterricht der Schule und christliche Volkserziehung, über die religiöse Unterweisung und Erziehung seiner Kinder grundsätzlich nicht mitzureden und mitzuwirken hätte! Ich verstehe durchaus, daß die Vorstellung dieses „herrlichen" Zukunftsbildes das Herz des Herrn Lic. Thimme zu dem Ausruf begeistern konnte: „Welche Chancen sind hierdurch den Kirchen, speziell den evangelischen Kirchen gegeben!" Und diese „ungeheuren" Chancen müßten natürlich schleunigst durch die deutschen Kirchenregierungen ausgenutzt werden. Die Gelegenheit scheint günstig. Unsere nationale Regierung hat ja das Heft in der Hand und könnte, wie Herr Thimme glaubt und hofft, leicht der konfessionellen Schule den Todesstoß versetzen und der „Kirche" den Religionsunterricht und die christliche Jugenderziehung ausliefern. Die Sache wäre ja so einfach. Also, „ein großer Teil der Pfarrer, besonders auf dem Lande, kann eine Mehrbelastung wohl ertragen, ohne zusammenzubrechen". Herr Thimme wird es ja wissen. Und dann „eine große Schar beschäftigungsloser Pfarramtskandidaten". So bekämen viele Pfarrer so nebenbei etwas mehr Arbeit und die Predigtamtskandidaten lohnende Beschäftigung als Religionslehrer und „religiöse Volkserzieher". Jawohl, eine großartige „Chance" der Kirche! Und über die Kosten braucht sich die „Kirche" nach Ansicht des Herrn Th. keine Sorge zu machen, da die gegenwärtige Regierung natürlich die „hohe Kulturaufgabe" und Kulturleistung der Kirche auch „pekuniär" gebührend entlohnen würde, „statt finanzieller Belastung könnte sich vielmehr bei umsichtiger Behandlung der Angelegenheit eine finanzielle Erleichterung, wenn nicht sogar finanzielle Rettung der Kirche ergeben". Ja, welch eine „Chance"! Durch die Lösung der Schulfrage im Sinne des Herrn Th. sogar finanzielle Rettung der Kirche, also ein glänzendes Geschäft. Wir sind freilich der Meinung, daß ihre „Chancen" auf einem ganz anderen Gebiete liegen, daß nicht über leere Kirchenbänke und Kirchenkassen gejammert zu werden brauchte, wenn die verordneten Diener der Kirche allgemein als „Botschafter an Christi Statt" in Zeugenkraft die volle göttliche Heilsbotschaft von dem Gekreuzigten und Auferstandenen, auch heute noch „den Juden ein Aergernis und den Griechen eine Torheit", verkündigten. Das ist die heilige Mission, die unser Herr und Heiland seiner Kirche, der Una sancta, und damit auch der Kirche der Reformation aufgetragen hat. Diese Mission ist so groß und erhaben und so voller Verantwortlichkeit vor Gott und Menschen, daß sie die ganze Kraft berufener Gottesboten in Anspruch nimmt. Ich habe noch niemals gefunden, daß es solchen Männern an Arbeit, wohl aber, daß es ihnen sehr oft an Zeit und Kraft zur vollen Auswirkung ihres heiligen Amtes fehlt, das selbstverständlich auch den kirchlichen Religionsunterricht einschließt. Sie können auf keine andere Weise besser der christlichen Jugend- und Volkserziehung dienen als durch gewissenhafte Ausrichtung ihrer göttlichen Heilsbotschaft und werden kein Verlangen danach tragen, sich mit goldenen Ketten an den Staat binden zu lassen. Unsere evangelischen Volkskirchen wären übel beraten, wenn sie etwas anderes vom Staate erwarteten, als die Sicherung freier, ungehinderter Verkündigung der göttlichen Heilsbotschaft. Eine evangelische Kirche, die sogar von sich aus die maßgebenden Staatsorgane veranlassen würde, die Schule des Evangeliums zu beseitigen, und so nebenbei sich vom Staate finanziell „retten" zu lassen, wäre innerlich und äußerlich für den Untergang reif, der auch nicht durch „Liebesgaben" des Staates aufgehalten werden könnte. Ich halte es darum für völlig ausgeschlossen, daß unsere evangelischen Kirchenleitungen die

selbstmörderische Kirchenpolitik des Herrn Lic. Thimme mitmachen könnten.

7. Mit dem Reichsverband deutscher Evangelischer Schulgemeinden und der gleichgerichteten evangelischen Lehrerschaft bekenne ich mich zur Kirche und Schule des Evangeliums im Sinne des biblisch-reformatorischen Christentums. Das ist die vom Staat grundsätzlich unabhängige Kirche in ihren verschiedenen Bekenntnisformen, die nach dem Befehl des Meisters auch gern dem Staate gibt, was des Staates ist, sich im übrigen aber von staatlichen Bindungen frei hält und sich nur ihrem Gott verantwortlich weiß.

Das ist die Schule des Evangeliums, auf dem Glaubensfundament ihrer Kirche, der mit einem isolierten Religionsunterricht in der Hand der amtlichen Kirche gar nicht gedient ist, sondern nur mit einem Religionsunterricht, der als pädagogisches Zentrum die Sonne bildet, von der Licht und Wärme belebend die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit des Lehrers durchdringt, der sich als Erzieher in erster Linie als verantwortlicher Vertreter der Elternschaft betrachtet auf Grund der Erkenntnis, daß nach der göttlichen Schöpfungsordnung die Familie die Keimzelle und die von Gott verordnete elementare Erziehungs- und Bildungsanstalt der Menschen ist. Von sittlicher Erneuerung unseres Volkslebens kann keine Rede sein, wenn diese Keimzelle vergiftet und vernichtet wird. Der Bolschewismus weiß ganz genau, daß er nur durch die Vernichtung des Familienlebens und Ausrottung des Gottesglaubens seine Ziele erreichen kann. Eben darum haben christliche Eltern nicht bloß das sittliche Recht, sondern auch die Gewissenspflicht, für ihre Kinder Schulen, Lehrer und staatliche Aufsichtsbeamte ihres Bekenntnisses zu fordern. Und für diese Schule erstreben wir eine förderſame Schulpflege im Rahmen der pädagogischen Erziehungs- oder Schulgemeinde durch vertrauensvolles Zusammenwirken der rechtmäßigen evangelischen Schulinteressenten: Familie, Lehrerschaft und Kirche. Sollte es aber doch dahin kommen, daß für die wahrhaft christliche Bekenntnisschule in unserm öffentlichen Schulwesen kein Raum mehr wäre, so würde uns die holländische Schulgeschichte den Weg zeigen, den wir beschreiten müßten. Gäbe man dem deutschen Volke neben einer allgemeinen Staatsschule auf Grund des Elternrechts die gleichberechtigte Privatschule unter ähnlichen Voraussetzungen wie in Holland, selbstverständlich unter Aufsicht des Staates, so würden wir gegebenenfalls gern zustimmen. Jedenfalls ist uns soviel gewiß, daß eine gerechte und gesunde Schulverfassung nur auf Grund des Elternrechts in Verbindung mit den Belangen aller rechtmäßigen Schulinteressenten möglich ist, und daß der innere Aufbau unseres Vaterlandes vor allen Dingen von der gesunden Familie ausgehen muß. Dazu nach Kräften mitzuwirken, besonders auf dem Gebiete der öffentlichen Jugenderziehung, betrachtet die evangelische Schulgemeindebewegung als ihre hohe, heilige und freie Mission auf dem Ewigkeitsgrunde des alten, biblischen Evangeliums im Lichte der reformatorischen Heilserkenntnis. Wir glauben, daß unsere Bestrebungen auch bei unserer nationalen Regierung volles Verständnis finden werden.

Das Ideal der Bekenntnisschule.

In dem Bemühen, einen Weg der Verständigung zwischen den Vertretern des kirchlichen Religionsunterrichts in der deutschen Schule und den Vertretern des staatlichen Religionsunterrichts in der Bekenntnisschule zu finden, gehe ich vom Ideal der Bekenntnisschule aus.

Ist die christliche Bekenntnisschule ein wertvolles Ideal für den christlichen Volksfreund oder nicht?

Auf diese klar gestellte Frage kann es nur eine Antwort geben, und zwar: Von ganzem Herzen ja.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind auch die Bestrebungen des Reichsverbandes deutscher Schulgemeinden zu verstehen und zu begrüßen.

Denn wer wollte sich nicht freuen, wenn im deutschen Vaterland überall echte, christliche Bekenntnisschulen entständen, Schulen des Evangeliums, bei denen, wie Verbandsdirektor Grünweller sagt, der Religionsunterricht als pädagogisches Zentrum die Sonne bildet, von der Licht und Wärme belebend die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit des Lehrers durchdringt. Und wenn Grünweller fortfährt: „Für diese Schule erstreben wir eine förderſame Schulpflege im Rahmen der pädagogischen Erziehungs- oder Schulgemeinde durch vertrauensvolles Zusammenwirken der rechtmäßigen evangelischen Schulinteressenten, Familie, Lehrerschaft und Kirche", so können wir nur von ganzem Herzen zustimmen.

Und sind doch vielleicht gerade von unseren innersten Prinzipien genötigt, die Schulpolitik des Reichsverbandes deutscher Schulgemeinden, und zwar um des Evangeliums willen, das uns doch vereinen sollte, ablehnen.

Wie ist das zu erklären?

Ein Bild mag das verdeutlichen.

Da legt uns ein Baumeister den Plan für ein wunderbares Gebäude vor. Die Verteilung der Räume, die Gesamtansicht, der künstlerische Aufbau, alles ist ganz vortrefflich, und doch ist das Ganze unbrauchbar aus dem einfachen Grunde, weil der Grund und Boden für das auf ihm zu errichtende Gebäude nicht tragfähig ist.

So geht's auch dem Schulplan des Reichsverbandes.

Er gefällt uns außerordentlich, und doch müssen wir ihn nicht aus einer Liebhaberei oder gar um marxistischer oder liberaler oder hierarchischer Gelüste willen, sondern um des Gewissens und des Evangeliums, ja auch um unseres Volkes willen ablehnen, weil sein Fundament nicht tragfähig ist.

Ja, wenn die Freunde vom Reichsverband noch ihrem alten holländischen Vorbild treu geblieben wären! Denn wie die holländischen Brüder es uns vorgemacht haben, so geht es allerdings. Freilich ist's ein beschwerlicher Weg, den sie gingen. Er kostete große Opfer, aber er führte zum Ziel.

Denn wie machten es die holländischen Brüder?

Sie warteten nicht auf Staatshilfe, sonder taten sich in Gottes Namen zusammen, bildeten lebensfähige Schulgemeinden und gründeten in Gottes Namen ihre berühmten Schulen mit der Bibel, die dann später staatliche Anerkennung fanden.

So hätte es der Reichsverband auch tun sollen. Nun nennt er sich Reichsverband deutscher Schulgemeinden. Aber wo sind die lebensfähigen Schulgemeinden, die den Beweis ihrer Lebensfähigkeit dadurch geboten haben, daß sie etwas Greifbares geschaffen haben, wie einst die Minden-Ravensberger in den Zeiten der ersten Liebe ihr Gütersloher Gymnasium unter großen Opfern gründeten? Wo ist auch nur ein einziges Schulsystem, was der Reichsverband geschaffen hat? Vielleicht gibt es eins. Dann will ich mich gern eines besseren belehren lassen.

Aber, soviel ich weiß, hat der Reichsverband nicht einmal den Versuch gemacht, wie die holländischen Brüder selbständig vorzugehen. In diesem Fall wäre nicht nur das Gebäude gut gewesen, sondern auch der Boden tragfähig.

Denn das sei ganz unmißverständlich gesagt, zur Errichtung einer lebensfähigen Bekenntnisschule, so wie sie uns Grünweller so schön als Ideal schildert, gehört das Fundament der Freiwilligkeit und Opferwilligkeit, wie die Holländer darauf gebaut haben.

Denn das ist doch leicht einzusehen: Eine echte Bekenntnisschule braucht einen im Bekenntnis stehenden Schulleiter. Sie braucht im Bekenntnis stehende Lehrer. Sie braucht einen auf dem Bekenntnis aufgebauten Lehrplan. Sie braucht eine hinter ihr stehende Schulgemeinde, die bereit ist, auf die Butter auf dem Brot zu verzichten, damit die Kinder im Evangelium erzogen werden.

Wollte also der Reichsverband etwas erreichen, so mußte er hier ansetzen. Leider ist uns nicht bekannt, daß er das getan hat, sondern hier beginnt sein Kardinalfehler, den wir um des Gewissens willen unter keinen Umständen mitmachen.

Er baut auf einer freilich sehr breiten, aber durchaus für dies Gebäude unsicheren Basis, der Staatsschule.

Eine Staatsschule kann nicht im vollen Sinn des Wortes Bekenntnisschule sein.

Das konnte sie vielleicht in früheren Jahrhunderten einmal, nämlich da, wo der Staat ein bewußt bekenntnismäßig christlicher war, und wo die Mehrzahl der Lehrer bewußt im Bekenntnis standen. Aber muß man das erst noch sagen? Diese Zeiten sind vorbei. So kann eine Staatsschule vielleicht eine Bekenntnisschule sein, wie wir sie in Preußen zur Zeit der geistlichen Schulaufsicht und bis zum gewissen Grade auch nachher noch gehabt haben.

Aber was war uns damit geholfen?

Wir hatten eine Bekenntnisschule, und dabei ging die Entchristlichung unseres Volkes Schritt für Schritt vor sich, bis wir zu dem Tiefstand kamen, auf dem wir jetzt stehen. Oder ist das vielleicht zu schwarz gesehen? Die bekenntnistreue Elternschaft, auf die man sich so gern beruft, ist in diesem Punkt sich vollständig einig. Die Bekenntnisschule, so wie wir sie hatten, hat versagt.

Sie mußte auch versagen, weil sie innerlich unwahr ist.

Sie heißt Bekenntnisschule, ist aber keine und kann keine sein, weil sie nicht imstande ist, das Lehrpersonal unter dem Gesichtspunkt des Bekenntnisses heranzubilden und anzustellen.

Eine Bekenntnisschule ist deshalb noch keine Bekenntnisschule, weil sie nicht katholisch ist.

Von solchem oberflächlichen Begriff des bekenntnismäßigen Charakters sollten wir uns frei halten.

Ein Beispiel bietet Frankfurt a. M. Dort gibt es Simultanschulen und Bekenntnisschulen. Von seiten der Kirche wird immer empfohlen, die Kinder in die Bekenntnisschulen zu senden. Aber diese Empfehlung hat keine Zugkraft, weil jedermann weiß, daß diese Bekenntnisschulen sich wenig oder gar nicht von den andern unterscheiden.

Es ergibt sich auch hier, daß das allerpraktischste immer die Wahrheit ist.

So müssen wir um der Wahrheit willen dagegen protestieren, daß der edle Name Bekenntnisschule einem Schulsystem angehängt wird, das Bekenntnisschule heißt, weil es nicht katholisch ist.

Ist es ein Wunder, daß für ein solches Ding, was nicht Fisch und nicht Fleisch ist, sich niemand begeistern kann?

Wenn ich eine solche Bekenntnisschule haben soll, dann verzichte ich um der Wahrheit willen lieber auf den schönen Namen, der die Interessen doch nur irre führt.

Das ist auch der Grund, warum die Vertreter eines kirchlich bekenntnismäßigen Religionsunterrichts in der deutschen Schule in überraschender Weise mit den Forderungen eines ihnen innerlich so fernstehenden Deutschen Lehrervereins übereinstimmen.

Diese Forderungen, soweit sie vom Verständnis des Evangeliums entfernt sind, haben doch den Vorzug der Ehrlichkeit für sich, den wir bei einem System vermissen, dessen Etikette nicht mit dem Inhalt übereinstimmt.

Der Deutsche Lehrerverein hat in diesem einen Stücke recht: Keine Bekenntnisschule von einem Staat, der sie nicht geben kann.

Deshalb aber doch und gerade um so mehr das, was wir auch vom heutigen Staat erwarten und verlangen können, einen bekenntnismäßigen Religionsunterricht in der deutschen Schule, deren Charakter, wir betonen es ausdrücklich, schon um des Volkes willen ein christlicher bleiben muß. Oder haben wir es nötig, noch einmal ausdrücklich zu betonen, daß wir die atheistisch-weltliche Schule von vorneherein ablehnen, schon deshalb, weil sie nicht deutsch ist. Denn das deutsche Volk ist nun einmal ein christliches Volk und soll es bleiben. Auch der heutige Staat sieht das ein, und wir sind froh darüber.

Der Staat kann eine deutschchristliche Schule garantieren. Was er aber nicht garantieren kann, ist ein bekenntnismäßiger Religionsunterricht. Infolgedessen muß er diesen logischerweise, ich wüßte nicht, wie man sich dieser Logik entziehen könnte, den Religionsgemeinschaften überlassen, wozu schon der Weimarer Staat bereit gewesen wäre, und wozu der heutige Staat noch vielmehr willig und bereit ist.

An diesem Punkt setzt nun aber sofort das Mißtrauen der Bedenklichen ein.

„Ah", so sagt man, „sollte das nicht wieder ein verkappter Versuch sein, die Lehrer unter die, man verzeihe mir das Wort, unter die Pfaffenherrschaft zu bringen?"

„Können wir Lehrer es nicht viel besser als die Pfarrer? Die Pfarrer sollten andere Dinge treiben" usw., wobei es ohne einige bissige Seitenhiebe nicht abgeht.

Warum das alles?

Es handelt sich nicht um Pfaffenherrschaft, sondern um eine notwendige Aufgabe der Kirche. Zu dieser Kirche gehört doch die Elternschaft und auch die evangelische Lehrerschaft. Muß es nun noch extra gesagt werden, daß keineswegs nach unserem Plan der Religionsunterricht allein von den Pfarrern, sondern ebenso von den evangelischen Lehrern und vielleicht auch begabten und entsprechend geschulten Laien gegeben werden soll. Also man lasse bitte die ganz unangebrachten Verdächtigungen, als handelten wir aus hierarchischen Gelüsten. Man gebe das unberechtigte Mißtrauen gegen die Kirche auf.

Dies Mißtrauen gegen die Kirche betrübt uns um so mehr, als man gerade auf jener Seite sich so oft als gut kirchlich ausgibt. Wenn's aber drauf ankommt, so benimmt man sich kirchenfeindlich, wie man es nur auf Seiten böswilliger Sekten gewohnt ist.

Gewiß hat die Kirche ihre großen Mängel.

Der Verfasser dieses Aufsatzes weiß das. Vielleicht sind wenige Pfarrer in Deutschland, welche so ungeschminkt über die Gebrechen der Landeskirchen gesprochen haben, wie der Schreiber dieses. Ich halte alles das, was ich in dieser Beziehung gesagt und geschrieben habe, aufrecht, und doch glaube ich bis heute an die Sendung der evangelischen Landeskirchen. Sie nicht, Herr Verbandsdirektor Grünweller?

Nun denn, so geben Sie Ihren Widerstand dagegen auf, daß die Landeskirchen in den ihr von Gottes und Rechts wegen zukommenden Dienst, nämlich den der religiösen Jugenderziehung, aufnehmen!

Seien Sie mit dem Reichsverband kein Stein auf dem Weg zu diesem für unser Volk heilsamen Ziel, sondern helfen Sie dabei!

Sie und die bekenntnistreue Lehrerschaft wie Elternschaft werden ganz bestimmt dabei nicht zu kurz kommen.

Wollen Sie dagegen die große segensreiche Arbeit von Bildung lebensfähiger Schulgemeinden zur Errichtung von echten Schulen des Evangeliums, Schulen mit der Bibel, in Angriff nehmen, wie es die Holländer getan haben, (es gehören auch wohlgemerkt bekenntnismäßige Seminare bezw. Akademien dazu), so wünschen wir Ihnen Gottes Segen dazu.

Wir werden nicht zögern, uns mit in Ihre Reihen zu stellen und die Gläubigen zu diesem Zweck mobil machen.

Es ist eine große und schöne Aufgabe, wohl wert der Arbeit eines deutschen Schulverbandes.

Aber, sehr geehrter Herr Verbandsdirektor, klares Visier, wenn man einen Treffer erzielen will.

Und eine staatliche Bekenntnisschule mit staatlichem Religionsunterricht ist kein klares Visier.

Da gibt's Fehlschüsse, wenn's auch noch so kracht.

Schade um Pulver und Blei!

Im übrigen nichts für ungut!

Auch wenn wir verschieden denken, können wir dennoch in Liebe und Freundschaft miteinander reden, wozu uns der Aufwärts ja in dankenswerter Weise Gelegenheit gibt.

Lic. L. Thimme.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.